

Antifaz

Antifaschistische Zeitung

DIE SAAT GEHT AUF



Frans Masereel

Zeichnung aus „La feuille“ Genf 1917/20

HEFT 32

NOV/DEZ

6. JAHRGANG

DM 2,00

In diesem Heft:

| | |
|--|------|
| Einleitung | S. 3 |
| Armes Deutschland | S. 4 |
| Romalager in Düsseldorf | S. 7 |
| Antifa-Info | S.11 |
| British Army verläßt Recklinghausen | S.12 |
| Irland - Die grüne Insel? | S.13 |
| Kurdistan und die Kurden, Teil II | S.16 |
| Interview mit Thea A. Struchtemeier | S.21 |
| Impressum | S.25 |
| Rechtsextremismus in der ehemaligen DDR | S.26 |
| Fremdenhaß - Ursachen und Gründe | S.28 |
| Traktat über die "Freie Liebe" | S.29 |
| Buchbesprechung | S.32 |
| Gewalt gegen Frauen in linken Strukturen | S.33 |

Verkaufsstellen:

Dortmund
 - Geschichtswerkstatt
 - Atom-Stop-Büro
 - Checoolala
 - Cafe Samowar
 - Taranta Babu Buchladen
 - Litfaß-Buchladen
 - Erpel

Herne
 - Sonne
 - Kornmühle
 - Informationszentrum 3. Welt

Recklinghausen
 - Attatroll-Buchladen
 - Sonnenblume-Naturkostladen
 - Drübelken
 - Grünes Büro

Bochum
 - "Notstand" im Uni-Antiquariat

ANZEIGE

Straßencafé



Tel. 0231/104916 · So.-Fr. 10-22 Uhr · Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) · 4600 Dortmund 1

Münster
 - Cafe Malik
 - Cafe Prütt
 - Frauenstr. 24
 - Litfaß

Marl
 - Bücherladen

Herten
 - Büchereule

Duisburg
 - Buchhandlung "Weltbühne"

Marburg
 - Buchladen "Roter Stern"

Gladbeck
 - Annes Naturkostladen

EINLEITUNG

"**Armes Deutschland**" ist der einleitende Artikel der vorliegenden Ausgabe unserer Zeitschrift überschrieben, in dem wir eine zweimonatige "**Chronologie des Schreckens**" zusammengestellt haben, die vom 3. August bis zum 3. Oktober, dem **Tag der Deutschen**, berichtet. "Höhepunkt" dieser Chronologie die Woche in **Hoyerswerda**.

Wir haben es uns geschenkt, so etwas wie eine "Analyse" zu schreiben. Zu klar ist es, daß die Saat der vergangenen Monate, die unsägliche Hetzkampagne gegen Flüchtlinge unter dem Deckmantel der "demokratischen" Debatte über eine Änderung des Asylrechtes, aufgegangen ist.

Aber auch die demokratischen Proteste gegen den **Versuch, die Opfer selbst zu Schuldigen** zu machen, haben zugenommen.

Am **9. November, dem 53. Jahrestag der Reichspogromnacht**, wird es zu einer großen Zahl an Demonstrationen und Aktionen gegen Rassismus und neofaschistische Gewalt kommen.

In dieser Ausgabe berichten wir außerdem über das "**Roma-Lager**" in **Düsseldorf**, über die "feierliche" Verabschiedung der Soldaten der britischen Rheinarmee in Recklinghausen, daran schließt sich der erste Teil eines Reiseberichtes von Manfred Fischer über **Nordirland** an.

Wie angekündigt, setzt Klaus Dillmann seine Serie über **Kurdistan und die Kurden** mit dem Teil über **Türkei-Kurdistan** fort. Das wird ergänzt durch ein Interview mit Thea A. Struchtemeier, die ihre Eindrücke während einer Reise in die Türkei und nach Kurdistan kurz vor den türkischen Parlamentswahlen schildert.

Neu ist in dieser Ausgabe die Rubrik **Debatte**. Hier beginnen wir mit der theoretischen Auseinandersetzung über Fragen und Probleme innerhalb der antifaschistischen Bewegung, den Anfang machen ein Artikel über die **Ursachen des Fremdenhasses** sowie ein **Traktat über die freie Liebe**.

Nicht zufällig erscheint in diesem Zusammenhang auch ein Artikel über **Gewalt gegen Frauen in linkspolitischen Strukturen**, der zwar in Bochum spielt, es könnte aber auch irgendeine andere deutsche Stadt sein.

Noch immer nicht erscheint der Teil II zur **FAP**, einfach weil uns diesmal andere Themen zu wichtig erschienen. Er kommt aber noch!

Aus Platzgründen konnten wir auch nicht auf verschiedene Konferenzen eingehen, die in diesen Wochen zum Thema Antifaschismus durchgeführt werden, darüber aber ausführlich dann in der kommenden Ausgabe.

Das wärs für heute,

mit herzlichen Grüßen

Eure

AntifaZ-Redaktion

ARMES DEUTSCHLAND

Eine Chronologie des Schreckens

Die Vertreibung von Flüchtlingen in Hoyerswerda stellt den bislang furchtbarsten Höhepunkt in einer Kette neofaschistischer Gewalttaten dar, die seit Monaten in Deutschland geschehen.

Wir dokumentieren im folgenden - ohne weiteren Kommentar- eine "Chronologie der Gewalt", zwei Monate, die das Gesicht dieser "Republik" veränderten, vom 3. August bis zum 3. Oktober.

Mit diesem "Tag der Deutschen" endet allerdings nur die von uns aufgeschriebene "Chronologie", der Terror setzt sich - bislang nicht wesentlich gebremst - bis heute fort.

Was ist los in Deutschland?

3. August 25 Rechtsradikale überfallen ein besetztes Haus in **Greifswald** (FR 6.8.)

3./4. August Eine Gruppe von Skinheads überfällt den Berliner Journalisten Klaus Farian in einer Raststätte auf der Autobahn Hamburg-Berlin. Klaus Farian ist Mitautor des Buches über Jugendbanden "Krieg in den Städten". Er erleidet einen Nasenbeinbruch, Platzwunden im Gesicht und eine Augenverletzung durch Brillenglassplitter. (taz 7.8.)

4. August Auf dem Gelände des ehemaligen **KZ Sachsenhausen** werden Hinweisschilder auf die Mahn- und Gedenkstätte mit Nazi-Parolen beschmiert und die Gebäude mit Flugblättern der "Nationalen Front" beklebt. (blick nach rechts Nr. 17/12.8.)

9./10. August Rund 40 vermummte Jugendliche überfallen ein Asylheim in **Uecker-münde** (Vorpommern). Das gesamte Mobilar des Heimes, in dem 30 Erwachsene und 11 Kinder untergebracht sind, wird zerstört. Kinder werden von den Schlägern mit Gaspistolen und Feuerlöschern bedroht. Ein fünf Monate altes Baby muß mit dem Verdacht auf Gasvergiftung in ein Krankenhaus transportiert werden. Mehrere HeimbewohnerInnen erleiden Verletzungen. Es wird niemand festgenommen. Die Polizei trifft erst ein, als die Schläger den Ort wieder verlassen haben. (taz 13.8.)

10. August Eine Studie des Politikwissenschaftlers Hajo Funke von der FU Berlin besagt, daß 40% der Jugendlichen Ostdeutschlands AusländerInnen als "lästig" empfinden. Jeder vierte Schüler in **Leipzig** halte "Aktionen gegen Ausländer" für gerechtfertigt. (FR 10.8.)

13. August Der aus Hamburg importierte CDU-Innenminister von Sachsen-Anhalt, Hartmut Perschau, dessen Polizeiverliebtheit in Hamburg geradezu sprichwörtlich war, lehnt in einem Interview mit dem "Mitteldeutschen Expreß" die Bildung von Sondereinheiten der Polizei zum Schutz der AsylbewerberInnen mit den Worten ab: "Das wäre ja wieder ein Polizeistaat, wenn die Polizei immer schon vor den Verbrechern am Tatort wäre." (dpa 13.8.)

16./17. August Ein Trupp von 20 bis 30 Skinheads greift nachts ein Flüchtlingsheim im sächsischen **Zittau** an. Es werden Scheiben eingeworfen und nationalsozialistische Symbole und Parolen gesprüht. (FR 31.8.)

Das Asylwohnheim in **Aschersleben** in Sachsen-Anhalt ist erneut Ziel eines Angriffs. Dabei werden mehrere Brandsätze geworfen. Die 17 rumänischen BewohnerInnen werden in die Landespolizeischule ausquartiert. Drei Tatverdächtige werden anschließend festgenommen. (taz 19.8.)

Auf ein besetztes Haus in **Chemnitz** wird ein Brandanschlag verübt. Die BewohnerInnen hatten das Haus zuvor verlassen. Ihre Möbel wurden zertrümmert, an die Wände Parolen geschmiert wie: "Doitschland den Doitschen, Nigger nach Nigeria". (FR 21.8.)

17./18. August Bei einem Überfall auf ein Asylbewerberheim im sächsischen **Leisnig** werden Brandflaschen geworfen und Fenster zerstört. Ein Bewohner muß mit Brandverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden. (taz 19.8.)

In **Löbnitz**(Regierungsbezirk Chemnitz) verwüsten Skinheads eine Gaststätte und eine Diskothek. 20 Personen werden festgenommen. (taz 19.8.)

18. August Bei einem Stadtfest im niedersächsischen **Northeim** prügeln rund 20 Skinheads auf eine Gruppe von Türken und Deutschen ein und verletzen zwei Personen dabei schwer. (taz 19.8.)

19. August In mehrere Grabmale des jüdischen Friedhofs in **Zittau**(Sachsen) werden faschistische Symbole eingeritzt (taz 21.8.)

23. August ein Kleinbus mit polnischen Insassen wird in **Schwedt** mit Steinen angegriffen und einer der Insassen verletzt. (FR und taz 27.8.)

23./24. August Ein Asylheim in der Kreisstadt **Aschersleben** in Sachsen-Anhalt, in dem Rumänen leben, wird erneut von Jugendlichen mit Steinen angegriffen. Es ist der dritte Angriff innerhalb von zwei Wochen. (taz 26.8.)

24. August Neonazis überfallen ein Flüchtlingsheim in **Wurzen** bei Leipzig. Dabei werden 12 Erwachsene und 23 Kinder zusammengeschlagen. Die Angegriffenen flüchten anschließend mit einem Bus der benachbarten Kirchengemeinde in das hessische Aufnahmелager Schwalbach. (FR und taz 30.8.)

Ein Trupp von 25 verummten Neonazis greift eine Baracke im Wohnlager Schwarze Pumpe bei **Spremberg** an, in der rumänische Asylbewerber wohnen. Die 37 BewohnerInnen flüchten, woraufhin die Neonazis die Baracke anzünden. Das Gebäude brennt völlig nieder (FR und taz 27.8.)

Rund 120 rechtsgerichtete Jugendliche randalieren in der Innenstadt von **Cottbus**, zerschlagen Fensterscheiben, beschädigen Fahrzeuge und pressen GaststättenbesucherInnen Geld ab. Die Polizei nimmt 8 Randalierer fest. (FR 27.8.)

24./25. August Etwa 20 bis 25 Skinheads bedrohen Bewohner eines Campingplatzes in **Wüsteneutzsch** (Landkreis Merseburg) mit Baseballschlägern und Messern. Es gibt 8 Verletzte. (taz 26.8.)

Ca. 25 bewaffnete Skinheads bedrohen BesucherInnen in einer Diskothek in **Bad Lauchstädt** (taz 26.8.)

Skinheads und Hooligans zetteln vor einer Diskothek in **Basdorf**, Kreis Bernau, mit Baseballschlägern, Samurai-Schwertern und anderen Schlagwerkzeugen eine Schlägerei an. Es gibt eine "noch nicht bekannte Zahl von Verletzten" (BZ 26.8.)

25. August Rechtsradikale geben aus einem Auto zwei Schüsse auf eine Menschengruppe ab, die sich vor einem von autonomen Jugendlichen besetzten Haus in **Zeesen** im Kreis Königs Wusterhausen aufhält. Ein Niederländer erleidet dabei einen Armdurchschuß. (taz 27.8.)

31. August/1. September Gründung einer "Sächsischen Nationalen Liste" in **Dresden** (taz 3.9.)

3. Sept. Zehn verummte und mit Stangen bewaffnete Rechtsradikale versuchen, ein vietnamesisches Wohnheim im sächsischen **Wilthen** (Oberlausitz) anzugreifen. Der Angriff wird verhindert, weil die vom Heimleiter benachrichtigte Polizei rechtzeitig eintrifft. (FR 5.9.)

12. Sept. Zehn rechtsradikale Jugendliche dringen in **Dresden** in die Wohnung der Vietnamesin Hoang Thi Vinh ein. Die Frau ist schwanger. Sie wird getreten, geschlagen und mit einer Gasdruckwaffe bedroht. Anschließend muß sie mit schweren Blutergüssen ins Krankenhaus. Daß sie überlebt, bezeichnen die Ärzte als ein Wunder. (taz 20.9.)

Ebenfalls in **Dresden** wird ein Mozambikaner auf offener Straße durch einen Stahlkugelschuß aus einer Gasdruckwaffe am Kopf verletzt. (FR,SZ 13.9.)

14./15. Sept. Rund 60 mit Eisenstangen und Ketten bewaffnete Skinheads überfallen 30 Vietnamesen in **Freital** bei Dresden. Als die Angegriffenen sich in das Ausländerwohnheim der Stadt flüchten, bewerfen die Rechtsradikalen das Haus mit Steinen und verletzen dabei zwei Heimbewohner. (taz 17.9.)

18. SEPTEMBER RECHTSRADIKALE BEGINNEN IN HOYERSWERDA MIT IHRER TAGELANGEN BEDROHUNG UND BELAGERUNG VON 150 MOZAMBIKANERN UND VIETNAMESEN. MEHRFACH WIRD VERSUCHT, DAS AUSLÄNDERWOHNHEIM IN DER ALBERT-SCHWEITZER-STRASSE ZU STÜRZEN. DIE RECHTSRADIKALEN SETZEN DABEI KNÜPPEL UND STEINE EIN UND BEKOMMEN UNTERSTÜTZUNG AUS DER "NORMALEN" BEVÖLKERUNG. (FR 19.9., 21.9.)

18./19. Sept. Rechtsradikale verüben einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in **Saarlouis**. Der 27jährige Samuel Yeboah aus Ghana kommt dabei ums Leben. Zwei Nigerianer erleiden schwere Brandverletzungen. (taz 20.9.)

21.-22. SEPTEMBER DER RASSISMUS IN HOYERSWERDA ESKALIERT ZU EINEM WOCHENENDE MIT POGROMSTIMMUNG: HUNDERTE VON RECHTSRADIKALEN GREIFEN UNTER DEM BEIFALL VIELER "BRAVER" BÜRGER DAS AUSLÄNDERWOHNHEIM MIT BRANDSÄTZEN UND STAHLKUGELN AN

In **Freital** bei Dresden greifen rund 40 Jugendliche ein Wohnheim für vietnamesische ImmigrantInnen mit Brandflaschen an. Sechs der Angreifer werden festgenommen. (FAZ 23.9.)

In **Bredenbeck** bei Hannover werfen "Unbekannte" Brandflaschen gegen ein Asylwohnheim. (FAZ 23.9.)

In **Thiendorf** (Sachsen) werden mehrere Menschen bei einem Brandanschlag auf ein Ausländerwohnheim verletzt (FAZ 23.9.)

In **Freiburg** (Baden-Württemberg) finden an zwei aufeinander folgenden Tagen Brandanschläge auf zwei Wohnheime für AsylbewerberInnen statt. (FAZ 23.9.)

24. Sept. Der Kölner Stadtanzeiger berichtet (ohne Datum) von einem Brandanschlag auf eine Ausländerunterkunft in **Kalefeld**(Niedersachsen), von einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in **Wesseling** und einem Nebelgranatenangriff auf Unterkünfte von rumänischen und jugoslawischen Familien in **Gemünd** (Eifel)

24./25. Sept. An mehreren Stellen eines Asylbewerberheims in **Münster** werden Brände gelegt. Einige BewohnerInnen versuchen, sich durch Sprünge aus den Fenstern zu retten. Zwei von ihnen erleiden Verletzungen, einer lebensgefährlich. (dpa 25.9.)

25. Sept. Im thüringischen **Tambach-Dietharz** überfallen 20 Jugendliche ein Ausländerwohnheim, treiben die BewohnerInnen aus ihren Räumen, zerstören Telefone und werfen Brandflaschen. (dpa 25.9.)

27. Sept. Etwa 20 Skinheads überfallen die Roma-Unterkünfte an der Strükedestraße in **Recklinghausen**. Sie werfen einen "Molotow-Cocktail" und zerstören mit Stahlschleudern drei Fensterscheiben. (RZ 28.9.)

3. Oktober Rechtsradikale verüben einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in **Hünxe** (Nordrhein-Westfalen). Nach diesem bisher schwersten Brandanschlag ermittelt die Polizei wegen Mordversuchs. Zwei libanesische Mädchen im Alter von sechs und acht Jahren werden mit lebensgefährlichen Brandverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. (RZ 5.10.)

3. Oktober Mit Motorrädern fahren ca. zehn Skinheads vor einem Asylheim in **Haltern** (NRW) vor. Sie dringen in das Gebäude ein und schlagen mit Flaschen und Stöcken gegen die Wände. Verletzt wird niemand. (WAZ 5.10.)

Mit dem 3. OKTOBER, dem Tag der Deutschen, wollen wir diese Chronik beschließen. Sie liebe sich - bekanntermaßen - bis zur Stunde fortsetzen.

WIE LANGE NOCH ?

Das Romalager in Düsseldorf

Zigeuner?! Ein Wort, das zu einem ein Volk beleidigt, zum anderen ein Volk bezeichnet, das seit Jahrtausenden verfolgt wird. Die Menschen, die man im allgemeinen als Zigeuner bezeichnet, nennen sich selbst Cinti und Roma. Jahrtausende wurden sie verfolgt, bis heute wurde und wird ihnen Diebstahl und Raub vorgeworfen, deswegen werden sie aus den Städten gejagt. Seßhaft wurden sie selten. Zigeuner sind in den Augen vieler Deutscher Nichtsnutze, vor denen man sich vorsehen muß. Vor denen man die Kinder in Sicherheit bringt und die Fenster selbst im zweiten Stock noch schließt. Man kennt ja den Spruch: "Roma sind in der Stadt, hol' schnell die Teppiche von der Leine!", und so weiter. Doch wer ihnen die Tür vor der Nase zuschlägt, kann auch nicht ihre Ängste und Nöte verstehen. Weiß nichts über ihre Vergangenheit. Weiß nicht, woher sie kommen, wohin sie gingen (in Hitlers Gaskammern zum Beispiel). Ein erneuter Versuch, auf sich aufmerksam zu

machen, ist das Lager am Landtag in Düsseldorf. Hier, am Landtag zwischen der lärmenden Bundesstraße 8, dem stinkenden Rhein und dem monströs anmutenden Landtag, vegetieren schätzungsweise 500 Roma. Sie wollen solange dort bleiben, bis ihnen das, von der Landesregierung zugesagte, dann wieder abgelehnte Bleiberecht gewährt wird.

Die Aktion vor dem Landtag ist bereits die zweite, mit der die Roma versuchen, auf das ihnen angetane Unrecht aufmerksam zu machen. Am 27. April 1990 brachen 39 Roma-Familien von Bremen aus, zu einem Bettelmarsch durch die Republik mit dem Ziel Bonn, auf. Auf diesem Marsch, (die antifaz berichtete in Heft 24, Jul/Aug 1990), wollten sich die Marschierer ihr Bleiberecht in der BRD praktisch "erbeteln". Er endete mit der Zusage aller SPD-regierter Länder, daß die Romas in den genannten Ländern bleiben dürfen.

Im Dezember 1990 zieht der Innenminister des Landes NRW das Bleiberecht wieder zurück. Den gleichen Tenor trägt ein Brief vom 14. Mai 1991, in diesem Brief bescheinigt das Bundesinnenministerium den Roma, daß es keine weiteren Regelungen geben werde, um ihren Aufenthalt in der BRD zu verlängern. Als Antwort auf diesen Brief und auf die Rücknahme des Versprechens der Landesregierung kündigt der Vorsitzende der RCU (Roma und Cinti Union) Rudko Kawczynski, auf einer Pressekonferenz der evangelischen Kirche im Rheinland in Düsseldorf am 19.6.1991, Aktionen in der Öffentlichkeit an, um auf das Unrecht, das den Roma durch den deutschen Staat widerfahren ist, aufmerksam zu machen. Er nennt die Sache, die die Regie-

Anzeige



CILA
CAFÉ IM LANGEN AUGUST

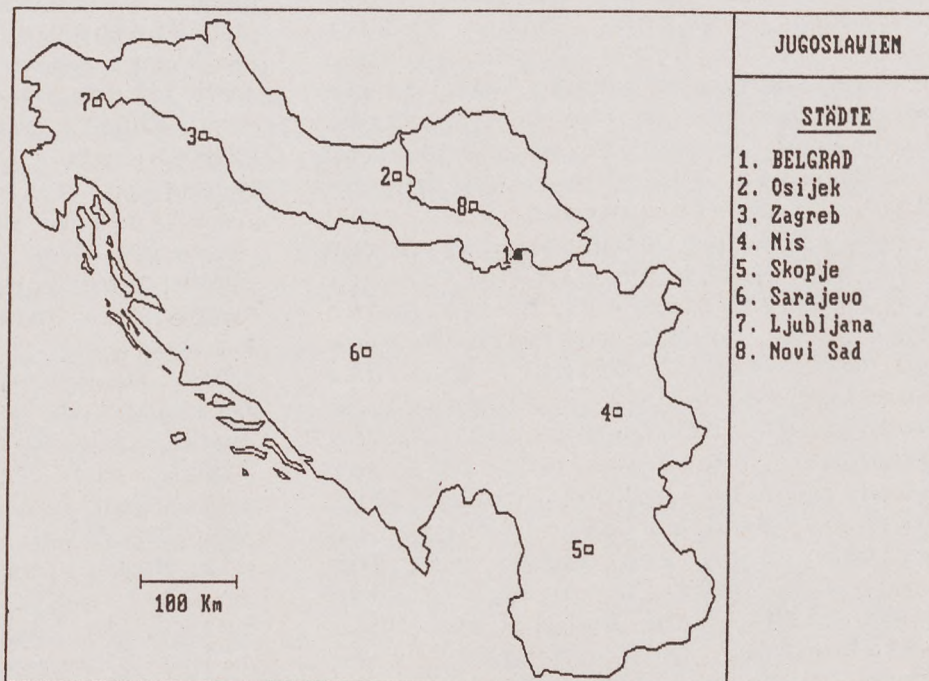
MO-FR 10-22 Uhr
SA/SO 10-19 Uhr

Braunschweiger Str.22/Nordmarkt
46 Dortmund I · Telefon 83 01 47

rung den Roma vorgegaukelt hat: "die größten Verschiebeaktionen, wenn nicht gar Deportation seit 1939". Die Roma seien nur deshalb lange Zeit nicht an die Öffentlichkeit gegangen, da sie Vertrauen in die Landesregierung setzten, daß ihr Problem zu ihrer Zufriedenheit gelöst werden würde. Nachdem sie jedoch feststellen mußten, daß die Politik der Landesregierung "eine Fortführung der nationalsozialistischen Politik mit anderen Mitteln" sei, wagten sie den Schritt an die Öffentlichkeit. Seit dem 27.6.1991, acht Tage nach der Pressekonferenz, steht das Lager in Düsseldorf. Zu Beginn der Aktion lebten ca. 1500 Roma in dem Lager, zwischenzeitlich

reduzierte sich die Anzahl auf nur noch 500 - 800. Die Menschen leben dort in Zelten, schlafen auf Feldbetten oder auf Luftmatratzen. Zelte, die als Spende vom Roten Kreuz kamen, sollen sehr verschlissenen gewesen sein und waren daher nicht zu benutzen. In den ersten vier Wochen stellte die Stadt Düsseldorf die Frischwasserversorgung und die Toiletten, mittlerweile weigert sie sich, das Lager weiter zu versorgen. Die Demonstranten sind nun auf eigene Rücklagen oder Spenden angewiesen, um ihre Trinkwasserversorgung zu sichern. Um Trinkwasser zu sparen, müssen die Roma auch Wasser aus dem dreckigen und stinkenden Rhein nehmen. Die Infektionsgefahr erhöht sich dadurch enorm. Allerdings ist

das Lager in Düsseldorf mit seinem, für europäische Verhältnisse katastrophalen, Zustand nur ein Vorgeschmack dessen, was die Roma in Makedonien erwartet. Die Landesregierung NRW hat beschlossen, das "Roma-Problem" auf bürokratische Weise zu lösen, nämlich, wie es deutsche Sitte ist, mit Geld. Der Beschluß der



Skopje, ein Slum in Europa

Landesregierung geht dahin, daß die Roma wieder an ihren "Ursprungsort" zurück gebracht werden sollen, der Rückgang soll den Roma "versüßt" werden, indem die Landesregierung für jede zurückkehrende Familie ein "Hilfsprogramm" bereitstellt.

Die Roma, die im Lager in Düsseldorf "vegetieren", kommen zumeist aus Skopje, einer Stadt im jugoslawischen Bundesland Makedonien.

Das Programm der Landesregierung sieht die Finanzierung der Rückreise nach Skopje vor. Ferner soll für Unterkünfte gesorgt werden, für die, die keine eigene Wohnung in Skopje nachweisen können.

Jedem Arbeitgeber, der in Skopje Zurückgekehrte beschäftigt, zahlt die Landesregierung Zuschüsse zu den Lohn- und Lohnnebenkosten und so weiter und so weiter. Jedoch kann auch das pompöseste Reintegrationsprogramm nicht vertuschen, daß deutsche Behörden das Problem lieber verdrängen, indem sie die Unschuldigen deportieren, als daß sie an die Öffentlichkeit gehen und sagen, daß die Roma in Deutschland bleiben dürfen, auch auf die Gefahr hin, bei der nächsten Wahl zu verlieren. Hier kommen wiederum Menschen zwischen die Zahnräder machtpolitischer Interessen, ja, sie werden aufgerieben, nur weil ein Johannes Rau wiedergewählt werden will. Hatten wir das nicht schon einmal???

Dies ist jedoch nur eine Verlagerung des Problems, in Jugoslawien sind die Roma auch nicht gern gesehene Menschen, eine Reportergruppe des Kölner Stadtanzeigers hat die Stadt im Süden Jugoslawiens im April dieses Jahres besucht. Ihr Bericht hätte auch aus einem der Slums um Santiago de Chile oder

Mexiko-Stadt stammen können. Sie berichten, daß Menschen in Wellblechhütten und Spanbretterverschlägen leben, geschlafen wird auf nacktem Fels auf modrigen Matratzen. Das Essen besteht - wenn überhaupt - aus einem billigen Bohnenbrei mit trockenem Brot. Der Platz, auf dem das Lager steht, gleicht einer Müllhalde, dreckig, stinkend. "Die durchschnittliche Lebenserwartung der Roma, berichtet die serbische Zeitung 'Nin', liege in einigen Gegenden zwischen 29 und 33 Jahren" (Kölner Stadtanzeiger).

In diese Stadt, besser in dieses Slum, will die Landesregierung NRW die Roma zurück schicken (?!), dies ist nicht nur feige, weil sie sich nicht den Problemen, die damit verbunden sind, wenn die Roma hier in Deutschland bleiben, stellt. Es ist doch wieder einmal Ausdruck deutscher Herrenpolitik. Nach dem Motto: "Unser Dorf soll schöner werden". Dabei wäre es doch eine einmalige Chance, der Beginn einer multi-kulturellen Gesellschaft. Jedoch in einem Land, in dem es nur um Wählerstimmen geht, müs-



Das Lager an der Rheinknie-Brücke

sen zwangsläufig ein paar Leute auf der Strecke bleiben.

Ferner wird berichtet, daß Zurückkehrenden an der Grenze der Paß entzogen wird, den sie erst fünf Jahre später wiedersehen.

In der Bevölkerung sind die Roma auch nicht angesehen, sie sollen aus den Sozialämtern geprügelt worden seien, da die Sozialhilfskassen fast leer sind, der Rest der noch drin ist, wird an Jugoslawen verteilt.

Dabei ist das Recht, auf das die Roma in Düsseldorf pochen, klar und verständlich, sie fordern das schon erwähnte Einhalten des Versprechens der Landesregierung, das Bleiberecht für die Roma dauerhaft auszusprechen, jedoch gehen ihre Forderungen weiter. Sie fordern eine Wiedergutmachung für das, was Hitler ihnen angetan hat. Ferner fordern sie eine Gleichbehandlung mit den Juden. Juden

würden vom deutschen Staat immer bevorteilt, weil viele von ihnen ebenfalls in den Gaskammern Hitlers ihrem Ende entgegen sahen, so ein Lagerbewohner in Düsseldorf.

Hitler ließ schätzungsweise 500.000 von ihnen in Gaskammern und Krematorien ermorden.

Daß dies sich nicht in anderer Form wiederholt, dafür muß gesorgt werden. Denn die Zustände, die in Skopje und anderen Lagern in Jugoslawien herrschen, sind schließlich auch Krematorien, auch wenn die Menschen nicht sofort sterben, doch eine Lebenserwartung von max. 33 Jahren grenzt schon an Mord. Wir müssen mit allen Mitteln verhindern, daß die Landesregierung Menschen in diese Lager zurückschickt, um sich hier eines Problems zu entledigen.

Anzeige

SONNENBLUME
Groß & Reuter
SPRINGSTR. 2
RECKLINGHAUSEN
02361/13 927



- * Lebensmittel aus kontrol. biologischem Anbau
täglich frisch: Obst und Gemüse
Brot
Milchprodukte
- * Naturkosmetik
- * Linn-Naturschuhe
- * Auro-Naturfarben

ANDERS PRODUZIEREN, ANDERS ARBEITEN, ANDERS LEBEN

Geschäftszeiten: Mo.-Do. 9-18 Uhr, Sa. 9-13 Uhr

Antifa-Info

Marburg, 1.11.1991

Studentische Korporationen haben, nicht nur in den fünf neuen Bundesländern, Hochkonjunktur und versuchen zunehmend, Einfluß an den Universitäten zu gewinnen. In Marburg hat sich nun der Arbeitskreis "Projekt Wartburg 92" gebildet, der versucht, über das elitäre, frauenfeindliche und reaktionäre Treiben der Korporationen zu informieren. Bisher hat sich der Arbeitskreis einmal mit Beteiligung aus verschiedenen Hochschul- und Fachhochschulorten getroffen und ist dabei, ein Archiv aufzubauen, wo auch die Publikationen der verschiedenen Verbindungen gesammelt werden sollen. Es wurden ein Video über Korporationen und eine Informationsmappe zusammengestellt, die für Veranstaltungen etc. bestellt werden können.

Im nächsten Jahr möchte der Arbeitskreis eine Aufklärungskampagne an vielen Hochschulen starten, die über Vergangenheit und heutige Stellung der Korporationen informiert. 1992 werden deutsche und österreichische Korporationen auch ihr "Wartburgfest in Eisenach" zum 175. Jahrestag des Wartburgfestes feiern. Wer Materialien zum Thema Korporationen hat, möchte sie bitte an den Arbeitskreis schicken.

Adresse: "Projekt Wartburg 92", c/o Geschichtswerkstatt Marburg e.V., Liebigstr. 46, 3550 Marburg/Lahn.

München, 1.11.1991

Für Samstag, den 16. November, von 10 bis 14 Uhr, plant die "Deutsche Liga für Volk und Heimat" eine Mahnwache vor dem Haus für Asylbewerber in der Münchener Unterbergstraße. Der Landesbeauftragte für Bayern, Franz Glasauer, dazu in einer Pressemitteilung:

Wir wollen mit dieser Aktion ein Zeichen setzen. Einerseits gegen die zunehmende Gewalt gegenüber Ausländern, andererseits aber auch gegen die weiter ansteigende Asylantenflut, die in dieser Form nicht mehr länger hinnehmbar ist...Wir fordern Schnellrichter an den Grenzen und grenznahe Sammelunterkünfte, damit abgelehnte Asylbewerber sofort abgeschoben werden können."

Auch Neubauer und der Münchener Stadtrat Peter Recknagel haben ihr Kommen angekündigt.

(u.b.)

Oberhausen, 5.10.1991

In der Nacht zum 3.10.91 konnten AntifaschistInnen einen von Skins geplanten Anschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in Oberhausen verhindern. Sie entfernten drei gefüllte Benzinkanister, die unter einem abgemeldeten, mit faschistischen Parolen besprühten Auto abgestellt worden waren. Das Auto war auf der Straße in 50 Meter Entfernung von den zwei Wohncontainern hinter einer mit Büschen bewachsenen Brachfläche abgestellt. Obwohl die Polizei z.B. gegenüber dem Hausmeister des Flüchtlingsheimes angab, die Situation unter Kontrolle zu haben und an diesen Tagen vermehrt Streife zu fahren, um Flüchtlinge zu schützen, konnten ernsthafte Bemühungen der Polizei in diesen Nächten nicht festgestellt werden.

(aus: Lokalberichte Essen, B.I.)

Aachen, 20.10.1991 Die Hetze der BILD-Zeitung stieß bei der Aachener Bevölkerung auf Ablehnung. Die Plakataktion "Asylanten im Ruhrgebiet wer soll das bezahlen?" wurde spontan übermalt oder überklebt. Für kurze Zeit wurde die Auslieferung der BILD durch den Aachener Grossisten Falter unterbunden.

Die für die Plazierung der Plakate verantwortliche Firma GUBE, deren größter Auftraggeber die Stadt Aachen ist, stand unter starkem Druck. Die Proteste richteten sich schließlich auch gegen die Stadt, die schließlich nachgab. Der städt. Beigeordnete Dr. Jüttner erklärte gegenüber der Presse: "In der Tendenz sind diese Plakate Stimmungsmache. Es ist sehr unglücklich, wenn ein Vertragspartner der Stadt hiervon betroffen ist."

In Verhandlungen wurde erreicht, daß die Plakate "unverzüglich rauskommen". An diesem Beispiel zeigt sich, daß auch ohne direkte rechtliche Handhabe die Möglichkeiten der Unterbindung rassistischer, sexistischer oder gar neofaschistischer Hetze durch die Stadtverwaltungen größer sind, als diese bisher zugaben.

(Quelle: Lokalberichte Essen, K.H.)

"BRITISH ARMY" VERLÄSST

RECKLINGHAUSEN

"Nordirland, Falklands, Irak - British army mordet in aller Welt"

Mit dieser Aufschrift war ein Transparent beschriftet, mit dem knapp 20 KriegsgegnerInnen am 17. September gegen die "feierliche Verabschiedung" der Soldaten der "Preston Barracks" protestierten. Bürgermeister Jochen Welt höchstpersönlich hatte zum "Zapfenstreich" und einem "Empfang im Großen Sitzungssaal" des Recklinghäuser Rathauses geladen.

Eingeladen war allerdings nicht das "normale Volk" Recklinghausens, sondern eine ausgewählte Schar "ehrbarer" Bürger (=Honoratioren), die sich entweder im "Kleinen Dienstanzug" (Militärs) oder im "Dunklen Anzug" (Zivilisten) einfinden sollten.

Eingeladen wurde unter strengster "Geheimhaltung", so heißt es in des Bürgermeisters Einladungsschreiben: "Aus Sicherheitsgründen bitte ich Sie, den Termin vorerst vertraulich zu behandeln."

Nun, die Recklinghäuser AntifaschistInnen und KriegsgegnerInnen gingen mit dem Termin nicht ganz so vertraulich um, verteilten vielmehr ihrerseits eine Einladung, in der dazu aufgerufen wurde, "die britischen Soldaten so zu verabschieden, wie es ihnen gebührt."

In einem zudem verteilten Flugblatt wurde auf die Rolle der britischen Armee als Mittel des britischen Kolonialismus sowie deren mörderisches Eingreifen in Nordirland, im Falkland-Krieg sowie in jüngster Zeit während des Golfkriegs verwiesen.

Wie erwähnt, erschienen nur wenige KriegsgegnerInnen zur Verabschiedung, sie konnte daher auch nicht sehr "gebührend" erfolgen. Einzelne Pfiffe während der "National"-Hymnen veranlaßten aufgebrachte zivile Militaristen zu dem Versuch, das Transparent zu erobern, was aber mißlang.

Erfolgreicher war dann kurz darauf die polizeiliche Ordnungsmacht. Sie hatten sich nach einigem Zögern darauf verständigt einzugreifen, da die Inschrift eine "Beleidigung" der "britischen Gäste" darstelle. Nach einigem Hin und Her wurde das Transparent dann eingeholt.

Obwohl die Aktion nur von kurzer Dauer war, veranlaßte sie doch einen kommunalen Zeitungsredakteur zu einer verlogenen Darstellung in der örtlichen WAZ. Er schrieb über die Aktion folgende bemerkenswerte Sätze:

"Hinter den Absperrgittern versuchte eine Handvoll Anhänger Saddam Husseins auf sich aufmerksam zu machen. Die Veranstaltungsteilnehmer strafte sie durch Nichtbeachtung."

Selbst ein derart kleiner Protest scheint die versammelten Militaristen in ihrer feierlichen Stimmung maßlos geärgert zu haben. Zu deutlich war, daß sie den Eindruck der "Kameradschaft" auf der militärischen Ebene der gemeinsamen "Tradition" zu erwecken suchten. So richtete Bürgermeister Welt - selbstverständlich ebenfalls ohne ein kritisches Wort - folgende tränenreiche Sätze an die scheidenden "Brits":

„Schwer fällt einem der Abschied immer dann, wenn es einem dort, von wo man geht, gefallen hat, wenn dort Bindungen, Freundschaften entstanden sind."

Ja, ein paar "Bindungen" waren tatsächlich entstanden, so verwies der Lokalreporter voller Begeisterung auf die Tatsache, daß sich in den 26 Jahren ihrer Anwesenheit immerhin siebenmal "deutsch-britisches Eheglück" eingestellt habe.

Die KriegsgegnerInnen zumindest machten deutlich, daß sie der "British army" keine Träne nachweinten. Sie verwiesen vielmehr darauf, daß nach wie vor zahllose NATO-Stützpunkte sich im Kreis Recklinghausen befänden, die allesamt zu verschwinden haben.

IRLAND - DIE GRÜNE INSEL ?

Derry, Nordirland -

die letzten zwanzig Jahre

Nachdem es in Recklinghausen anlässlich der "feierlichen Verabschiedung" der Soldaten der "Preston Barracks" (siehe Bericht in dieser Ausgabe) zu einigen Auseinandersetzungen in der dortigen örtlichen Presse über die Rolle der britischen Armee gekommen war, halten wir es für sinnvoll, auch in der AntifaZ einmal die Entwicklung insbesondere in Nord-Irland zu berichten. Wir beginnen in dieser Ausgabe mit dem ersten Teil eines Reiseberichtes, den uns MANFRED FISCHER aus Dortmund freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat.

Irland durch die grüne Brille betrachtet - bei den meisten fängt es so an. Das Land, in dem freundliche Menschen leben, eine Kopfbewegung als Gruß, ein paar Worte, sogar ein Schulterklopfen. Man entdeckt schnell die sagenhafte Atmosphäre in den Pubs. Die quirligen Töne, die man zu hören kriegt, haben bei manchem schon als Einstiegsdroge in ein musikalisches Paradies gewirkt. Die Landschaft reizt zum Umherfahren, urige Wegweiserbündel, doppelt beschriftete Schilder, auch in der alten, irischen Sprache - wie das wohl ausgesprochen wird?

Erlebnisse, Erfahrungen, Annäherungen und - Grenzüberschreitungen. Im Norden macht man sie, und sie haben es in sich.

Plötzlich ein gelbes Schild "Checkpoint ahead".

Betonklötze, Drahtverhaue, Wellblech, Kameras, Sandsäcke, Tarnnetze. Eine rote Ampel zwingt zum Halt, dann Slalom fahren, Bodenwellen. Stop, jetzt sind wir an der Reihe. Zwei, drei Soldaten in voller Ausrüstung, Kampfanzug, Stahlhelm, das Gewehr in der Hand, Finger am Abzug.

Die Frage nach dem Wohin ist leicht beantwortet, wir haben ein Ziel und wollen zum Festival nach Ballyshannon. Der junge britische Soldat äußert Interesse und Zustimmung, außerdem hat er gleich bemerkt, daß wir Deutsche sind. Er war in Detmold, also auch Nordrhein-Westfalen, wie wir. Mit ein paar deutschen Worten und einem Gruß werden wir verabschiedet, die Autoschlange der Wartenden ist lang, uns bleibt nichts anderes als "Dankeschön" zu sagen.

Aber die Gedanken lassen einen nicht wieder los, der kriegerische Eindruck, den die Grenzanlage hinterläßt. Alles ist noch schlimmer geworden, als es vor einigen Jahren ausgesehen hat. Was sollen die sorgsam aufgemalten Tarnfarben, die Tarnnetze? Wo ist der Sinn? Ob die Angst haben?

Ausgerechnet in Deutschland, bei der Rheinarmee, ist der Soldat gewesen. Dort soll man ihm beigebracht haben, wie er sich in Irland zu verhalten hat. In Old Germany brauchte er sich nicht ernsthaft den Kopf über Sicherheitsprobleme zu zerbrechen. Aber hier, wo man halbwegs seine Muttersprache spricht, ist er ein Fremder, ein Feind? Kommt ihm nicht unweigerlich der Gedanke, auf verlorenem Posten zu stehen? Das Äußerste kann tatsächlich passieren, wann und wo auch immer.

Die Grenze mitten durch Deutschland sind wir losgeworden, was passiert mit der irischen? Wer redet von vereinigtem Europa?

Die der Insel 1921 von Großbritannien, unter Androhung eines Vernichtungskrieges aufgezwungene Teilung hat ihre Kuriositäten. Im äußersten Westen nähert sie sich, bis auf einen wenige Kilometer breiten Landstreifen, der Küste. Eine einzige Brücke verbindet Teile der Republik Irland untereinander. Will man nach Osten, muß man sich so oder so auf den Grenzfall einstellen. Überraschungen sind an der Tagesordnung. Hat man eine bestimmte Sehenswürdigkeit zum Ziel und will sie "querfeldein" erreichen, passiert es, daß

einen die Wegweiser verlassen, abmontiert! Verunsichert fragt man den Ersten nach dem Weg. In die Luft gesprengt, heißt es lakonisch. Nachgefragt zu haben, scheint mir im Nachhinein ziemlich überflüssig, bei der Antwort: die Army!

Die britische Besatzung versucht seit langem, den inneririschen Grenzverkehr unter Kontrolle zu bringen. Oft wurden die Bauern rücksichtslos vor das Problem gestellt, wie sie auf die Felder kommen sollten. Mancherorts entwickelte sich ein konflikträchtiges Hin und Her, weil die Betroffenen, um sich weite Umwege zu ersparen, übergänge und Brücken wiederhergestellt hatten.

Als früherer Besucher erinnere ich mich an eine Stelle, wo man hinübergelangen konnte. Mitten in einem Ort stand ein Blechschild, diesmal fehlt es. Aber ein paar Striche über die Straße sind geblieben. Ob es hier weitergeht, es ist doch alles noch schlimmer geworden? Ja, heißt es, der Weg sei vollkommen okay.

Diesmal handelt es sich um eine Art "grüne" Grenze, die dennoch Tag und Nacht bewacht zu sein scheint. Mehrere Autos sind bereits angehalten worden, zwei Soldaten bilden eine Gasse. Ein dritter kauert am Straßenrand und spricht in ein Walkie-Talkie.

Do you enjoy it?, werden wir gefragt. Das geschwärzte Gesicht des Soldaten, das schußbereite Gewehr lassen uns mit der Antwort zögern. Your holidays? Yes! Jetzt erst kommt die erleichterte Ant-

wort. Wieder erleben wir eine freundliche Behandlung, die irischen Grenzgängern bekanntermaßen nicht zuteil wird. Leicht kann es hier brenzlich werden. Es folgt noch eine Maschinengewehrstellung am Straßenrand, das MG in Fluchtrichtung aufgebaut. Oft, so erfahren wir später, liegt im Umkreis noch eine ganze Mannschaft auf der Lauer.

Viele Irland-Touristen, so hört man immer wieder, möchten Nordirland nach Möglichkeit umgehen. Zu Unrecht, denn keine der am Konflikt beteiligten Parteien stellt den Tourismus infrage, und selbst die blindwütigste Todesschwadron Nordirlands bedroht bisher keine unbeteiligten Besucher.

Auch wir sind vorher kaum in den Norden vorgedrungen und möchten in diesem Jahr endlich darangehen, den großen, weißen Fleck auf der Landkarte zu tilgen. Nicht nur die vielgerühmte Antrim-Küste steht im Programm, auch eine der großen nordirischen Städte. Auf unserer Route liegt **Derry**, es ist die zweitgrößte Stadt und außerdem kein unbeschriebenes Blatt.

Gemischte Gefühle bestimmen die Annäherung. Viel ist berichtet worden über schreckliche Gewalt, Bomben, ausgebrannte Häuser, über Auseinandersetzungen in der Bogside, dem nahezu weltweit bekannten katholischen Wohnviertel Derrys.

Mein Wissen stammt aus diversen Veröffentlichungen, aber wie sieht die Wirklichkeit aus?

Die Schwierigkeiten beginnen beim Ge-

ANZEIGE

**AFRO
LATIN
MUSIC PUB**

Café Cuba

Westbahnhof 1 (S-Bhf.) Essen A430 E-Hobeisenbr. ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*

brauch des Namens. Im Schulatlas steht Londonderry, auf den internationalen Karten auch. Doch wer sich mit der Geschichte Irlands ein wenig vertraut gemacht hat, weiß, daß die Stadt so nicht heißen darf. "Londonderry", das ist Kolonialismus pur! Wer aus der Republik Irland anreist, findet die richtigen Namensschilder, kein Problem. Aber wie drücke ich mich aus, wenn ich dort bin, mit einem Menschen über das Sprechen möchte, was ich auf dem Herzen habe? Ich entscheide mich für "Derry", und zu meiner Freude liege ich richtig. Als wenn nichts geschehen wäre. Inzwischen hat Derrys Stadtrat mehrheitlich dafür gestimmt, der Stadt den eigentlichen Namen zurückzugeben. Dieser Beschluß war erst möglich, nachdem die Zusammensetzung des Rates erstmalig die tatsächlichen Bevölkerungsanteile widerspiegelte. Aber Beschlüsse, die Großbritanniens Machtanspruch entgegenstehen, haben ihre Grenzen. Dennoch soll auch in den unionistischen (protestantischen) Stadtvierteln Derrys der alte, aus dem Gälischen abgeleitete Name zunehmend Anklang



Wandgemälde mit gälischem Text

finden.

Man könnte leicht auf den Gedanken kommen, den "Brits" schwimmen die Felle weg. Gut für Irland wärs allemal.

Eine Melodie geht mir durch den Kopf, es ist der Refrain von "The town I loved so well". Ja doch, Derry ist gemeint! Die "Dubliners" haben den wahnsinnig guten Folksong einmal nach Deutschland gebracht, und jetzt bin ich hier, wo sich alles zugetragen hat! Die drückende Stimmung, die der Schilderung eines hoffnungslos desolaten Zustandes folgt, ist verflogen.

Heute zeigt sich Derry von einer anderen Seite, ein unerwartets Gefühl - was für eine sympathische Stadt!

Gegründet wurde sie einstmals auf einem Hügel, am Westufer des River Foyle, ein malerischer Punkt, wie geschaffen für ein glückliches Leben in einer städtischen Gemeinde - könnte man denken, doch Derry hat eine wilde Geschichte.

Charakteristisch ist die vollständig erhaltene Befestigung, die einen geschlossenen Ring um die Altstadt bildet. Vier Stadttore, kunstvoll als Korbbögen gemauert, führen in das Innere Derrys - eine besondere touristische Attraktion?

Die vielen Sicherheitsmaßnahmen trüben das Bild!

Gepanzerte Fahrzeuge kurven zwischen den Fußgängern umher, sogar in den Einkaufsstraßen. Ein Gewehr schaut heraus, es ist wahllos in die Menge gerichtet. Die übergroßen häßlich-grauen Jeeps fallen durch allerhand improvisierte Schutzvorrichtungen auf. Die wenigen Scheiben sind durch zusätzliches Panzerglas verrammelt, am Fahrzeugboden hängen Gummischürzen, die fast auf der Erde schleifen, und alle empfindlichen Teile sind von Drahtkörben umgeben. In den seltsamen rollenden Käfigen sitzen Angehörige der **RUC (Royal Ulster Constabulary)**, die Ausstattung wirkt gefährlich und grotesk zugleich.

Die britische Armee verfügt über ähnliche Fahrzeuge. In Zweiergruppen preschen sie durch die Straßen der Außenstadt. Die Wagentächer fehlen im Einsatz, in Brustwehrstellung schauen zwei Soldaten hervor, Gewehre werden geschwenkt, jedermann scheint ein mögliches Ziel zu sein. Auch hier zusätzliche Requisiten wie Drahtgitter und Kunstglasplatten. Unwillkürlich fragt man sich, wie lange wollen die das noch treiben - ewig kann es nicht so weitergehen - eines Tages werden sie verschwinden müssen.

(Ende des ersten Teils, Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

KURDISTAN UND DIE KURDEN, TEIL II

Türkei-Kurdistan

Nachdem wir in der vergangenen Ausgabe der AntifaZ vor allem auf die Geschichte des kurdischen Volkes eingegangen sind, wird in dieser Ausgabe die Lage des kurdischen Volkes in der Türkei beschrieben. In den folgenden Ausgaben berichtet der Verfasser Klaus Dillmann weiter über die Lage der KurdInnen im Irak, Iran und in Syrien. Ergänzt wird der hier abgedruckte Bericht durch das im Anschluß abgedruckte Interview mit Thea A. Struchtmeier, die über ihre zweite Reise in die Türkei und nach Türkei-Kurdistan berichtet.

In dem im wesentlichen von den Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich diktierten Vertrag von Lausanne waren zwar einigen religiösen Minderheiten in der Türkei (Juden, Christen; nicht aber Yesidi) bestimmte Rechte zugesprochen worden, nicht aber ethnischen Gruppen. Diese wurden vielmehr dem **Turanismus** (strikte Assimilierungspolitik zugunsten des Türkentums) preisgegeben. Die Zukunft des Wilayets Mosul sollte durch eine Völkerbundsbefragung entschieden werden. Als diese 1926 ein Mehrheitsvotum gegen die Eingliederung in die Türkei ergab (ein Votum, das von den Kurden als Entscheidung für einen kurdischen Nationalstaat verstanden wurde), wurde das Gebiet von der über den Irak herrschenden Mandatsmacht Großbritannien einfach dem Irak angegliedert.

Bereits im März 1925 war die Enttäuschung der Kurden über die Behandlung ihrer nationalen Rechte in einen Aufstand gemündet, der vor allem von Kräften der feudalen Oberschicht, der national gesinnten Intelligenz und einem kleinen Teil der bäuerlichen Bevölkerung getragen wurde, während sich die Mehrheit der Kurden abwartend bis ablehnend verhielt, da die Aufständischen mit ihrem Appell an die religiösen Gefühle gegen den "Atheisten" Atatürk wenig überzeugten. Der Aufstand wurde niedergeschlagen, die Führer (Scheich Said von Piran, Dr. Fuad und 51 andere) in Diyarbakir öffentlich hingerichtet (28.6.1925).

Im August 1927 hielten Vertreter aller

politischen Organisationen der Kurden eine Geheimkonferenz ab, auf der die Partei **Khoybon** (=Unabhängigkeit) gegründet wurde, die einen Nationalstaat nach westlichem Muster anstrebte. Der von dieser Partei vorbereitete **Ararat-Aufstand** dauerte von 1930-1932. Ein Appell an den Völkerbund blieb ungehört. Nach der Niederschlagung wurden rund 100 kurdische Intellektuelle in Säcken im Vansee ertränkt. Vom damaligen türkischen Innenminister Mahmut Esat stammt der Satz:

"Der Türke ist der einzige Herr dieses Landes. Wer nicht rein türkischen Ursprungs ist, hat nur ein Recht in diesem Land: das Recht, Knecht zu sein."

Ein auf Ausbürgerung aller auf ihrem Kurdentum beharrenden Kurden gerichtetes Gesetz von 1934 blieb angesichts der ähnlichen Haltung der Nachbarstaaten mit kurdischer Bevölkerung weitgehend unwirksam.

Der **Versuch einer Zwangsumsiedlung** führender kurdischer Familien führte 1937 zum **3. Kurdenaufstand**, dem **Dersim-Aufstand** unter Sayed Reza, der auch von Syrisch-Kurdistan aus (wo Frankreich damals Mandatsmacht war) unterstützt wurde. Ziel war ein unabhängiger Kurdenstaat in Ostanatolien. Gegen die Aufständischen wurde Giftgas eingesetzt; in der Provinz Tunceli hielten sich noch bis 1946 Aufständische.

Die Türkei nach dem **Zweiten Weltkrieg** "löste" die Kurdenfrage im Prinzip nicht anders als unter dem 1938

verstorbenen Kemal Atatürk, allerdings mit dem Erfolg, daß der Anteil kurdischsprachiger Kurden zurückging und große Teile der kurdischen Bevölkerung überwiegend zwangsweise das Türkische annahm. In der Türkei wurde seit 1945 dreimal eine Militärregierung installiert: 1960 putschte General Gürsel gegen die Regierung Menderes. Menderes wurde aufgehängt, seine Demokratische Partei verboten. Der Putsch fand zu einem Zeitpunkt statt, als der im sowjetischen Exil lebende Peschmerga-General **Mustafa Barzani** in den Irak zurückgekehrt war, der unter General Kassem gerade den Bagdadpakt (Vorläufer der an die NATO im Nahen Osten anschließenden und der Einkreisung der UdSSR dienenden CENTO) aufgekündigt und sich von Großbritannien losgesagt hatte.

Die türkische Generalität befürchtete, daß von der Anerkennung der nationalen Rechte des kurdischen Volkes im Irak eine sprengende Wirkung auf die Türkei ausgehen könnte, zumal große Teile der Jugend und sogar Parlamentsangehörige die Unterentwicklung der "östlichen Provinzen" (das Wort "Kurdistan" war verboten) öffentlich anprangerten. Die Armee, die sich als "Hüterin der kemalistischen Prinzipien" begriff und bis heute begreift, verhängte den Ausnahmezustand, um "separatistische Tendenzen" zu bekämpfen, und machte alle den Kurden nach dem Krieg gemachten Zugeständnisse (insbesondere im Hinblick auf die Sprache) rückgängig.

Der nächste Putsch, gegen die rechtsgerichtete Regierung Demirel (Gerechtigkeitspartei, eine Nachfolgepartei der Demokratischen Partei), fand zu einem Zeitpunkt statt (1971), als in Irak-Kurdistan die von der **Demokratischen Partei Kurdistans (KDP)** unter Barzani angeführte Revolution, an der sich auch viele Kurden aus der Türkei beteiligten, Erfolg zu haben schien. Linke türkische Jugendliche sprachen damals öffentlich von den "Völkern der Türkei" und vom gemeinsamen Kampf türkischer und kurdischer Sozialisten gegen Diskriminierung und Faschismus. Die von General Tagmac in den Sattel gehobene **Regierung Erim** verhängte über 11 Provinzen das Kriegsrecht. Die Wahrnehmung kurdischer Sprache und Kultur

wurde mit Kommunismus gleichgesetzt und für verbrecherisch erklärt und damit der brutale Ausrottungsfeldzug gegen die Kurden im Lande gerechtfertigt.

1973 kam der CHP-Vorsitzende **Bülent Ecevit** an die Macht und ließ nach einem Putschversuch griechischer Faschisten einen großen Teil der Insel Zypern militärisch besetzen. Massaker an der türkischen Minderheit lieferten ihm den Vorwand. Aber das für die Türken dort geltend gemachte Selbstbestimmungsrecht sollte auch unter Ecevit für die Kurden in der Türkei nicht gelten. In den folgenden Jahren lösten einander Regierungen Demirel und Ecevit ab, wobei jeweils kleinere Koalitionspartner durch Schaffung eines Klimas von Bespitzelung und Terror Gewähr dafür boten, daß Widerstand im Volk erstickt wurde; bei Demirel war es die faschistische Partei der **Nationalistischen Bewegung, MHP**, unter Oberst **Alparslan Türkeş**, bei Ecevit die islamisch-klerikalfaschistische **Nationale Heilspartei**, unter **Professor Erbakan**.

Die nächtliche Ermordung von über 100 alewitischen (schiihischen) Kurden in **Kahramanmaraş** am **23.12.1978** durch Anhänger der (sunnitischen) Erbakan-Partei, diskret vom türkischen Geheimdienst **MIT** unterstützt, erregte besonderes Aufsehen in der Öffent-



lichkeit, nicht weil sie besonders barbarisch war, sondern weil dieses Massaker der gerade gegründeten **Kurdischen Arbeiterpartei (PKK)** in die Schuhe geschoben wurde und dazu diente, dieser den Stempel "terroristisch" aufzudrücken. Einige Tage danach verhängte Ecevit das Kriegsrecht über 13 der 67 türkischen Provinzen; außer neun kurdischen Provinzen sollten damit zugleich die wichtigsten Zentren von Arbeiterstreiks (Sivas, Istanbul, Ankara, Adana) unter Militärkontrolle gebracht werden. Vier Monate später wurden sechs weitere kurdische Provinzen in den Belagerungszustand einbezogen.

Ecevit berief sich dabei auf die durch den Sturz des Schah im Iran entstandene unsichere Lage, da die dortige kurdische Erhebung auch zu einem Erstarken des Separatismus in der Türkei geführt habe. Als ein nationalistischer Abgeordneter daraufhin alle beschimpfte, "die sagen, daß sie keine Türken seien", bekannten sich zahlreiche Abgeordnete der "östlichen Provinzen" zu ihrer kurdischen Identität, und es kam zu einer Saalschlacht im türkischen Parlament.

Der auf Ecevit folgenden Regierung Demirel gelang es nicht, die beiden Bewegungen in der Türkei, deren soziale Basis weitgehend gleich war, nämlich die linke mit ihren sozialen Forderungen und die kurdische mit ihren nationalen Ansprüchen, in den Griff zu bekommen und die Ruhe im Land wiederherzustellen.

Am **12.9.1980** putschte erneut das Militär, ein **Putsch, der in den USA bereits bekannt war, bevor er angelaufen war**. Die USA hatten bereits vorher (wahrscheinlich als Flankierungsmaßnahme), vor allem in **Van** und **Batman** (Türkei-Kurdistan) ihre "schnelle Eingreiftruppe" (Rapid Deployment Forces) stationiert. Seither tobt in Türkei-Kurdistan der Bürgerkrieg. Ganze Dörfer werden dem Erdboden gleichgemacht, die Einwohner zwangsdeportiert, gedemütigt, eingekerkert oder erschossen. Großangelegte militärische Aktionen griffen während des Irak-Iran-Krieges wiederholt (mit stillschweigender Billigung durch das Regime Saddam Hussein) auch auf irakisches Gebiet über, so insbesondere 1983 und 1986. Auch Napalm und Gift-

gas kamen dabei zum Einsatz. Eine Bevölkerung von über 10 Millionen Menschen (die Kurden auf türkischem Boden) wurden als "Terroristen" behandelt. Etwa seit Anfang 1990 hat die **PKK**, deren Vernichtung das erklärte Ziel dieser Aktionen war, **einen ständig steigenden Massenzulauf**. Sie ist heute der Hauptträger des kurdischen Massenwiderstandes in der Türkei.

Das findet seinen Ausdruck in dem schillernden Verhältnis der **türkischen Regierung** zur **PKK**. In der Phase des Aufbaus dieser Partei wurde insbesondere durch den türkischen Geheimdienst MIT (dessen Kader teilweise - ähnlich wie die des iranischen SAWAK - eine gründliche Ausbildung durch den israelischen Geheimdienst Mossad erhalten haben) versucht, eigene "under cover agents" in sie einzuschleusen und die politische Linie von innen her zu beeinflussen. Man schreckte auch vor Morden nicht zurück, die dann der PKK angelastet wurden. Für das eine Zeitlang vorherrschende Klima von Mißtrauen und Terror auch innerhalb der PKK trägt mithin der MIT ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung.

Mit wachsendem Einfluß unter den Massen konnte sich die PKK jedoch zunehmend davon freimachen und hat heute weitgehend die Züge einer Massenpartei angenommen. Zugleich damit hat sich auch ihre politische Linie stabilisiert. Je stärker diese Partei sich in den Massen verankern konnte, desto mehr dehnten sich die militärischen Aktionen des türkischen Staates auf die kurdische Bevölkerung insgesamt aus. Massenprozesse, Todesurteile gegen Freiheitskämpfer, die oft nicht vollstreckt wurden, aber dazu dienten, mit der ständigen Drohung, sie zu vollstrecken, den Freiheitskampf niederzuhalten, trugen dazu bei, die Türkei vor aller Welt als faschistisches Hensersystem in Erscheinung treten zu lassen.

Neuerdings sind die Methoden "subtiler" geworden: Die Einwohner ganzer Dörfer werden durch Militäraktionen der "Özel Tim" (= "Spezialmannschaft", deren Kommandos sich häufig als PKK-Kommandos ausgeben) gefangen genommen, wer Widerstand leistet, erschossen. Um Kollaboration zu er-

zwingen, werden Männer, Frauen und Kinder gezwungen, Jauche zu trinken oder Fäkalien zu essen, oder kurdische Frauen müssen ihre zuvor gefolterten und entkleideten Männer an den Genitalien durch die Straßen ziehen. (Als Foltermethode besonders "beliebt" ist die Bastonade, das Schlagen mit Stöcken auf die Fußsohlen, bis diese aufplatzen und die Gefolterten gehunfähig geworden sind).

Als der erste größere Flüchtlingsstrom aus **Irak-Kurdistan** kam und seit die türkische Regierung den Versuch macht, in einer leichten Abkehr von der kemalistischen Staatsauffassung durch Zugeständnisse auf dem Gebiet der Sprache (Zulassen zunächst der unter den Flüchtlingen hauptsächlich gesprochenen kurdischen Dialekte **Gurani**, **Sorai** und anderer, die sich von den **Kurmanci**- und **Zaza**-Dialekten in Türkei-Kurdistan ähnlich unterscheiden wie etwa das Bayrische vom Plattdeutschen und zudem die arabische Schrift verwenden, während kurdischsprachige Schriftdokumente in lateinischer Schrift nach wie vor verboten sind) die Irak-Kurden gegen die Türkei-Kurden auszuspielen (was auch darin zum Ausdruck kommt, daß Özal, der selbst kurdischer Abstammung ist, den irakisch-kurdischen Führer Talabani zu politischen Gesprächen einlud), hat die



Coolala

Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

ab 20.00 Uhr geöffnet

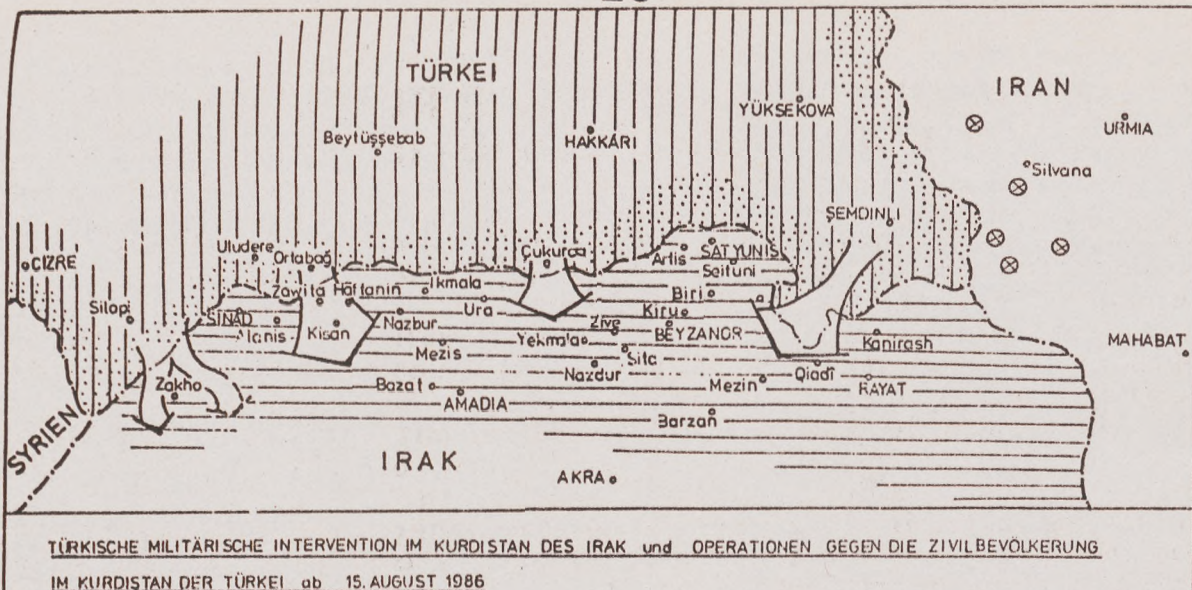
Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 02 31 / 17 81 45 • Fax: 02 31 / 17 83 47

PKK ihre bisher wesentlich auf Türkei-Kurdistan bezogene politische Linie erweitert, was in folgender Erklärung der Europavertretung der PKK zum Ausdruck kommt (Text zitiert nach: **Kurdistan-Rundbrief** Nr. 9/26.4.1991):

"Kurz vor dem Beginn des 21. Jahrhunderts werden wieder einmal alle Werte der Menschheit und die Menschenrechte und das Prinzip der Selbstbestimmung für das kurdische Volk mit Füßen getreten, wird das kurdische Volk wieder einmal massakriert. Unser Volk...wird heute wieder einmal...einer Handvoll herrschender großer Staaten geopfert, die die Welt entsprechend ihren eigenen egoistischen Interessen gestalten und lenken wollen.

Der Aufstand unseres Volkes in Südkurdistan, das unter der Herrschaft des Irak steht und die Gelegenheit, die sich nach dem Golfkrieg ergeben hatte, für seine Befreiung nutzen wollte, wird blutig niedergeschlagen. Millionen von Kurden sind zu Flüchtlingen in ihrem eigenen Land geworden. Unser Volk, das zu zehntausenden unter den Angriffen des faschistischen Saddam-Regimes ermordet worden war, erlebt heute in den schneebedeckten Bergen den Massentod durch Kälte, Hunger und Seuchen. Mit diesem vor den Augen der ganzen Welt eingeleiteten Massaker ist geplant, unser Volk physisch zu vernichten.

Im Gegensatz zum Sieg des überlegenen Imperialismus an der militärischen Front im Golfkrieg ist er an der politischen Front in eine totale Ausweglosigkeit geraten. Nachdem er zunächst noch während des Golfkriegs den Sturz des faschistischen Saddam als ein Ziel herausgestellt hatte, so unternimmt er angesichts der Möglichkeit, daß die Aufstände des schiitischen arabischen Volkes und die des südkurdischen Volkes aus seiner Kontrolle geraten und sich in eine radikale Volksbewegung wandeln könnten und die kurdische Frage die Ordnung in der Region umstürzen und ein neues Kräfteverhältnis mit sich bringen würde, nach Kriegsende Anstrengungen, Saddam an der Macht zu halten. Das Treffen Bush/Özal in Camp David wurde zu einem Gipfel, auf dem der Beschluß gefaßt worden ist, das Saddam-Regime an der Macht zu halten und den Aufstand des kurdischen Volkes niederzuschlagen...



Wie jede andere Nation der Welt hat auch die kurdische Nation das Recht, auf ihrem eigenen Boden ein unabhängiges, freies, demokratisches und menschenwürdiges Leben zu führen. Uns wird jedoch dieses Recht, das das Recht eines jeden menschlichen Individuums ist, von den kolonialistischen und herrschenden "großen" Staaten geraubt. Die herrschenden Staaten...haben sogar unsere kollektive Vernichtung als Volk auf die Tagesordnung gesetzt.(...)

Özal und Bush wollen die Kurden als Sklaven. Während sie einerseits das Todesurteil gegen unser Volk schreiben, schmieden sie auf der anderen Seite dann auf der Basis des "Inschutznehmens" Komplote zur Versklavung der Überlebenden. Diejenigen, die die Hauptverantwortlichen für die Zerstörung der Lebensgrundlage unseres Volkes und dafür, daß es zu Flüchtlingen gemacht wird, sind, zielen darauf ab, es unter Kontrolle zu halten, indem es in den Flüchtlingslagern eingesperrt wird. Wenn der Plan der "Schutzzone"...als eine vorübergehende Maßnahme betrachtet würde, die Vernichtung unseres Volkes durch die Angriffe des Faschisten Saddam und durch Hunger und Kälte zu verhindern, würde er die Zustimmung unseres Volkes finden. Aber wenn das darauf abzielt, unser Volk auf seinem eigenen Boden unter Kriegsgefangenenstatus unter Kontrolle zu halten, den Befreiungskampf unseres Volkes in Nordwest-Kurdistan vom Befreiungskampf unseres Volkes in Südkurdistan zu trennen und die Rückkehr unseres Volkes aus dem Süden in seine Dörfer und Städte zu verhindern, dann werden alle Kurden dagegen kämpfen(...)."

Korrektur zu einigen Angaben der vergangenen AntifaZ-Ausgabe

Die in der letzten Nummer der AntifaZ wiedergegebene Mitteilung, daß der erwähnte Massenmord auf die Erbakan-Partei zurückzuführen sei, ist falsch. Zum damaligen Zeitpunkt war diese Partei mit derartigen Taten noch nicht hervorgetreten. Der Fehler beruht auf einer falschen Angabe in "Kurdistan und die Kurden" Band 2, Ausgabe von 1980. Auch die 1978 gegründete Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, war damals noch nicht so stark in Erscheinung getreten, daß die Tat ihr glaubhaft in die Schuhe geschoben werden konnte. Die von mir an der Entführung der deutschen UrlauberInnen geübte Kritik an der PKK bedarf einer Relativierung. Zwar ist es grundsätzlich richtig, daß eine Befreiungsorganisation sich davor hüten muß, Unbeteiligte in ihre Aktionen zu verwickeln, aber man muß der Partei bescheinigen, daß sie diesen Fehler produktiv hat umsetzen können, indem sie einerseits die Entführten von der Berechtigung ihres Kampfes überzeugt hat (von der diese vielleicht auch schon vorher überzeugt waren, Klaus?, die Setzer), zum anderen hat sich die deutsche Regierung angesichts des Drucks der Öffentlichkeit genötigt gesehen, bei der türkischen Regierung wegen des Einmarsches in Irak-Kurdistan vorstellig zu werden, was die türkische Regierung offenbar (zumindest zeitweilig, d.S.) zum Rückzug bewogen hat. Die Entführung der amerikanischen Staatsbürger hatte zumindest den zweiten Effekt bei den USA nicht.

Klaus Dillmann

INTERVIEW MIT THEA A. STRUCHTEMEIER Türkei-Kurdistan vor den Parlamentswahlen

Nachdem Thea A. Struchtemeier schon im April dieses Jahres mit einer größeren Delegation "Beobachter Komitee Menschenrechte" in der Türkei und in Kurdistan war (Bericht in AntifaZ Nr. 30), hatte sie bei einer erneuten Reise mit einem Essener Rechtsanwalt von Anfang bis Mitte Oktober Gelegenheit, die Lage in der Türkei und in Kurdistan kurz vor den Parlamentswahlen zu untersuchen.

Sie führte zahlreiche Gespräche, vor allem mit Mitgliedern der Menschenrechtsvereine sowie kurdischen Frauen, die über die Rolle der Frau im kurdischen Freiheitskampf berichteten.

Zudem besuchte sie einige Gerichtsverhandlungen, u.a. den Prozeß gegen den bekannten kurdischen Wissenschaftler Ismail BESIKCI, der zur Zeit in Ankara stattfindet.

Nach ihrer Rückkehr hatten wir Gelegenheit zu einem kurzen Interview mit Thea.



AntifaZ: Thea, kannst Du uns zu Beginn kurz Deinen Eindruck schildern, wie zur Zeit die Situation des kurdischen Volkes in der Türkei, der Stand des kurdischen Freiheitskampfes sich aus Deiner Sicht entwickelt?

Thea: Der Befreiungskampf verläuft auf mehreren Ebenen, sowohl militärisch als auch propagandistisch als auch mittlerweile auf legaler Ebene. Hinter der PKK, das kann ich sagen, steht der Großteil der Massen. Zur Zeit werden auch im türkischen Teil Kurdistans die Wahlen vorbereitet, sind die Wahlen das Hauptthema, an denen sich auch Mitglieder des Menschenrechtsvereins beteiligen. Die HEP (Halkın Emek Partisi), die "Volkspartei der Arbeit", hatte sich auch zu den Wahlen aufgestellt, war aber aufgrund eines Regierungsbeschlusses nicht zugelassen worden, weil angeblich die Fristen zu knapp gewesen seien, und deshalb kandidieren die KandidatInnen der HEP als unabhängige KandidatInnen auf den Listen der SHP (Sozialistische Volkspartei). Zur Zeit sind alle Aktiven mehr oder weniger im Wahlkampf engagiert. Es werden jedoch trotzdem, obwohl man angenommen hatte, während der Wahlzeit würde es etwas "ruhiger" zugehen, weiterhin Menschen erschossen. So wurde in der Nacht, in der wir wegfuhr, auf Demonstranten geschossen.

AntifaZ: Hast Du etwas Konkretes über die Lage der anlässlich der Beerdigung Verdut Aydins Verhafteten erfahren können?

Thea: Es sind von den Verhafteten nach wie vor einige im Gefängnis, auch wurden nach der Beerdigung weitere Mitglieder der HEP von der Polizei ermordet, verfolgt und verhaftet. Am 5. Oktober, also an dem Tag, an dem wir mit HEP-Abgeordneten sprachen, wurde, als während einer Kundgebung die Leute auf den HEP-Vorsitzenden aus Ankara warteten, etwa 2000 Leute anwesend waren, ein PKW aufgehalten und die fünf Insassen verhaftet. Danach bemühten sich die Mitglieder des Menschenrechtsvereins in Diyarbakir, etwas über die Leute herauszubekommen, aber bis vier Tage später gab es noch keine Informationen über ihr Schicksal.

Kandidatin der HEP ist unter anderen auch eine Frau, die Leyla Zana.

Zur Beerdigung von Vedat Aydin kann ich noch berichten, daß es zu zahlreichen Schießereien und Prügeleien durch die Militärpolizei kam, wobei bekanntermaßen auch eine deutsche Journalistin, die Lissi Schmidt, von der Polizei verprügelt worden ist, sie wurde nackt ausgezogen und geschlagen, mißhandelt und dann nackt wieder in den Bus der Abgeordneten zurückgeworfen. Sie war dann einen Tag auf dem Polizeirevier, ging dann in den Irak, kam dann nach zehn Tagen wieder in die Türkei zurück und wurde erneut verhaftet. Dann war sie drei Tage im Gefängnis und ist dann mit Hilfe des Menschenrechtsvereins IHD und des deutschen Generalkonsulats wieder freigelassen worden.

Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins sprach von einer "Kontinuität des Terrors". So wurde am 15. Juni dieses Jahres das Gebäude des IHD in Diyarbakir bombardiert, außerdem das Gebäude der Zeitschrift **Özgür Halk**, eine Woche später gab es in Batman einen weiteren Angriff auf den Menschenrechtsverein, es wurden drei Personen bei dem Brandanschlag verletzt. Über die erneuten Angriffe des türkischen Militärs auf kurdische Dörfer, unter anderem mit Napalm, wie es hier in der **taz** berichtet wurde, war in der türkischen Presse natürlich nichts zu lesen. Wie ich schon erwähnte, haben wir bei unserer Abreise noch bemerkt, wie in Chizre auf Demonstranten geschossen wurde. Jede Kurdin und jeder Kurde wird schon wegen seiner Nationalität, und erst recht, wenn sie sich politisch betätigen, als "terrist", als Terrorist bezeichnet.

AntifaZ: Hast Du etwas mitbekommen über die Differenzen zwischen PKK auf der einen und der "Kurdistan Front" unter Talabani und Barzani auf der anderen Seite?

Thea: Alle, die ich gesprochen habe, votierten eindeutig für einen unabhängigen kurdischen Staat, der auch das Gebiet umfaßt, auf dem die KurdInnen heute leben, also auch das irakische Gebiet. Was ich noch gefragt habe, weil ich bemerkte, daß sich auch kurdische Delegierte auf den Listen konservativer Parteien zur Wahl stellten, wieso sie sich denn für eine konservative Politik aussprachen. Da wurde mir dann von Linken gesagt, eine Begründung wäre für sie, daß die feudalen Strukturen in Kurdistan noch sehr präsent seien, daher aufgrund dieser feudalen Strukturen innerhalb dieser Region auch eine konservative Politikausrichtung erfolge.

AntifaZ: Heißt das, daß die PKK, wenn es dann mal einen freien Staat Kurdistan gibt, die Vorhandenheit von feudalen Strukturen, also Großgrundbesitzern, zumindest zeitweilig für notwendig hält?

Thea: Ich glaube nicht, daß sie das für notwendig erachten. Es ist ja von der Arbeit der Partei her klar, daß sie auf verschiedenen Ebenen zu kämpfen haben. Sie sagen, der nationale Befreiungskampf ist zwar das Primäre, in dem sie stecken, aber sie sind ja eine Arbeiterpartei, von daher ist auch der Klassenkampf für sie eine ebenfalls wichtige Aufgabe. Von daher müssen sie natürlich irgendwann auch gegen Menschen eigener Nationalität kämpfen.

AntifaZ: Wie wir gehört haben, soll der Kampf der Frauen in der PKK relativ weit entwickelt sein. Frauen nehmen auf allen Ebenen am Befreiungskampf teil. Kannst Du berichten, inwieweit tatsächlich Frauen stärker in Erscheinung treten als früher?

Thea: Die Frauen, die ich kennengelernt habe, sind sicherlich nur ein Ausschnitt von der Gesamtrealität, aber die Frauen, die ich kennengelernt habe, waren sehr bewußte und selbstbewußte Frauen. Aber auch die Frauen, die vielleicht nicht organisiert sind, sind durch ihre Arbeit sehr selbstbewußt und führten meistens auch das Gespräch. In einer Familie, die ich besuchte, erzählte vorwiegend die Mutter. Sie berichtete von ihren Kindern, die zur Guerilla gegangen sind, auch ihre 15jährige Tochter, die dann auf dem Weg zu ei-

nem Ausbildungslager erschossen worden sind. Im Fernsehen wurde berichtet, daß die "Dorfschützer" wieder Mitglieder der Guerilla erschossen hätten, es wurde auch berichtet, daß sie pro erschossene/n Guerilla umgerechnet DM 17,50 (das sind 50 000 Lira) erhalten.

Dann war ich auf einer Wahlveranstaltung, die von einem Frauenkomitee organisiert war. Es waren ca. 90 Frauen zusammengekommen, das war für die Stadt Diyarbakir schon ziemlich viel. Die Frauen waren sehr engagiert und hatten auch ein großes Bedürfnis, den Wahlkampf der SHP mit den unabhängigen Kandidaten der HEP zu unterstützen. Sie stellten Fragen, wie sich sich besser informieren könnten, um Überzeugungsarbeit zu leisten, wie sie Geduld lernen könnten, um Abweisungen nicht persönlich aufzufassen, etc.

AntifaZ: Ich denke, wir sollten jetzt zum Schwerpunkt Türkei übergehen. Was kannst Du über die Situation der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei während Deines Aufenthaltes berichten?


Thea: Die Menschenrechtsverletzungen setzen sich ganz einfach fort. Im Mai war uns und der Delegation gesagt worden, daß

in Istanbul 12 Menschen gefoltert und umgebracht wurden, in Ankara vier. Die Zahlen haben sich weiter erhöht, in Istanbul sind mittlerweile 20 durch Folter umgekommen und in Ankara etwa 18. Das sind aber nur die, die durch **Folter** umgekommen sind, eingerechnet sind nicht die, ich glaube, es waren 12 Personen, die in Istanbul auf offener Straße erschossen wurden, und all die Morde und Hinrichtungen, die weiterhin auf offener Straße passieren.

Das **Antiterrorgesetz** wird zur Zeit vom obersten Sicherheitsgericht geprüft. Es hieß, bisher sei niemand unter diesem Gesetz angeklagt worden, wer aber zumindest wieder nach dem Gesetz unter Anklage gestellt wurde, und zwar wegen "Propaganda gegen den türkischen Staat", ist der Soziologe **Ismail Besikci**. Dessen Prozeß habe ich in Ankara besucht.

Bei diesem Prozeß wird nach Artikel 8 des Antiterrorgesetzes verhandelt, der heißt genau "Propaganda gegen die Unteilbarkeit des Staates". Die Anwälte sowohl von Besikci als auch von seinem Verleger Öztürk sagten, daß dieses Gericht, vor dem

ANZEIGE



„Bücherladen“

unsere Themen von
A-Z:

A usländer
B iologisches Bauen
C hemie in Lebensmitteln
D ritte Welt
E ntwicklungspolitik
F aschismus
G eschichte
H eilkräuter
J ndianer
K riegsgefahr
L iebe
M edien

R eonazismus
Ö kologie
P olitik
R eisen
S anfte Energien
T rampen
U mweltschutz
V ollwerternährung
W aldsterben
Y oga
Z ukunft

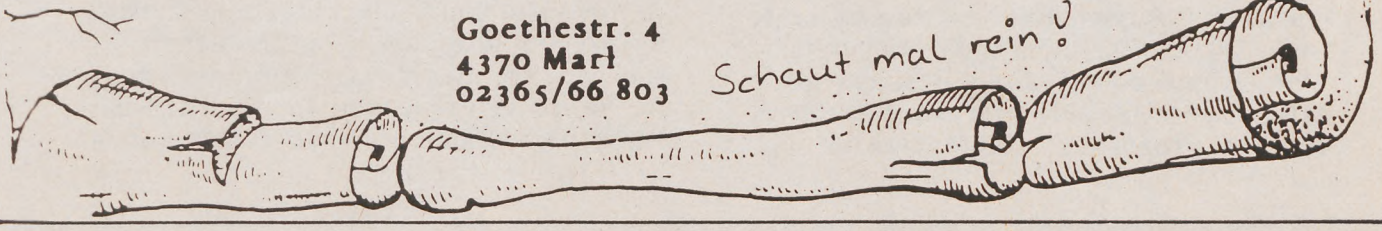
... und

- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
- Frauen- und Männerliteratur
- Zeitschriften
- Plakate
- Postkarten
- Umweltschutzpapier

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Goethestr. 4
4370 Marl
02365/66 803

Schaut mal rein!





Die Leiche des ermordeten HEP-Vorsitzenden Vedat AYDIN

sie sich befänden, gegen die Verfassung sei und sie dies von vornherein ablehnten. Sie votierten für die Freiheit der Presse und die Freiheit des kurdischen Volkes. Dann stellten sie einen Antrag auf Freilassung und Haftverschonung von I. Besikci, der Verleger war zwar auch angeklagt, befand sich aber auf freiem Fuße.

Besikci selber war eingerahmt von vier hochgerüsteten Gendarmas, wenn man bedenkt, daß Besikci ein zierlicher Mann von 1,60 Größe ist, kann man sich das Bild vorstellen.

Interessant war auch, daß von den Richtern einer Militärkommandant war, man sah seine Uniform unter der Robe.

Was die Anwälte für positiv einschätzten, war, daß die Richter die Prozeßklärungen zu den Akten nahmen. Weiter waren ca. 50 Anwälte vertreten, die für Besikci plädierten. Nach dem neuen Antiterrorgesetz werden in Zukunft nur noch drei Anwälte pro Angeklagter zugelassen. Daher war auch einer der Streitpunkte, daß Besikci von den Anwälten für den nächsten Prozeß, der am 31.10. stattfinden soll, drei auswählen sollte, die ihn verteidigen, was er bisher abgelehnt hat. Wie es weiterlaufen wird, ist zur Zeit nicht klar.

AntifaZ: Nun ist Besikci ja sicher ein sehr prominenter Mann. Wie sieht es denn aus mit Prozessen gegen weniger oder unbekanntere Oppositionelle. Gibt es auch hierüber Berichte und Aktivitäten der Menschenrechtsvereine?

Thea: Im Grunde habe ich auch nur einen gewissen Ausschnitt kennengelernt, wenn Du so willst, die linke, demokratische Öffentlichkeit. Über Besikci wurde natürlich breiter berichtet, aber auch von anderen Prozessen erfährt man in der

Presse. Zur gleichen Zeit erschien auch ein Bericht des Menschenrechtsvereins über die Fortsetzung von Folter. Der Menschenrechtsverein ist sehr breit tätig. Es ist der Ort, wo im Grunde alle oppositionellen Gruppen vereint zusammenarbeiten, unabhängig von ihren sonstigen Differenzen. Von daher sind die Menschenrechtsvereine mit die wichtigsten Zentren in den Städten, daher werden sie mittlerweile auch Bedrohungen und Terror ausgesetzt, wie bei der Bombardierung des Vereins in Diyarbakir geschehen.

AntifaZ: Kannst Du über die Entwicklung der türkischen Linken, nach wie vor bestehende Zersplitterung oder Überwindung derselben, Eindrücke berichten?

Thea: Wir wurden oft gefragt, ob wir nach dem Zusammenbruch des "real existierenden" Sozialismus in den osteuropäischen Ländern noch an eine Zukunftsperspektive des Sozialismus glauben oder darauf hoffen würden. In der Türkei konnte ich feststellen, daß trotz der osteuropäischen Entwicklung noch eine große Bereitschaft und Zuversicht besteht, für sozialistische Ziele zu kämpfen. Untereinander sind die Gruppen zwar in bestimmten Fragen zerstritten, aber sie schaffen es schon, gemeinsame Plattformen herzustellen und zu mobilisieren. Was bisher immer auf Schwierigkeiten traf, war die Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes, aber mittlerweile werden diese Fragen viel mehr diskutiert, es laufen auch Verhandlungen zwischen linken türkischen und kurdischen Organisationen. Was ich bei Frauengesprächen mitbekommen habe - es gibt mittlerweile einen neuen kurdischen Frauenverband - ist es wohl möglich geworden, daß sowohl sozialisti-

sche Feministinnen als auch bürgerliche Feministinnen z.B. aus der Frauenbibliothek zusammenarbeiten. Was deren Differenzen betrifft: Es wurde z.B. den unabhängigen Feministinnen seitens der sozialistischen vorgeworfen, sie würden halt nur für ihre individuelle Befreiung kämpfen. Immerhin gibt es mittlerweile sozialistische feministische Frauen, was man daran erkennen kann, daß sich innerhalb der linken Organisationen eigene Frauenorganisationen gebildet haben, und zwar aus guten Gründen, denn die türkischen Genossen haben ja gemerkt, daß ihnen die ganzen Frauen davongelaufen sind und ihnen dies wichtige Kampfpotential fehlte. Von türkischen AnwältInnen wurden wir oft darauf hingewiesen, daß gerade die Frauen während der Folter nicht quatschten, die Männer aber quatschten. Die unabhängigen Frauen kommen meist aus dem universitären Bereich, schon von daher ergab sich eine Diskrepanz, sie verdienten mehr Geld, sie hatten sichere Posten, waren damit von den sozialistischen Frauen und Männern eigentlich von der Kampfebene entfernt. Das hat sich jetzt aber, zumindest was den Kurdischen Demokratischen Frauenverband betrifft, geändert, zumindest nach außen hin. Dort arbeiten sie gemeinsam.

AntifaZ: Ich denke, daß angesichts dieser Entwicklung schon die Notwendigkeit besteht, daß in der Bundesrepublik die Frage der politischen und materiellen internationalen Solidarität wieder breiter diskutiert werden müßte. Kannst Du vielleicht zum Schluß noch ein paar Überlegungen in diese Richtung anschließen?

Thea: Es wäre natürlich sehr wichtig, und es ist auch längerfristig die einzige Möglichkeit, die Freiheitsbewegungen in Kurdistan und der Türkei zu unterstützen. Was die deutsche Solidaritätsbewegung betrifft, müssen wir leider feststellen, daß nach dem Golfkrieg bei vielen Frauen und Männern die Luft rausgegangen ist, daß viele nicht bereit sind, sich auch längerfristig, über humane Proteste hinausgehend, zu engagieren. Trotz allem wäre eine solche Solidaritätskampagne sehr wichtig, aber nicht, um die Kämpfe der einzelnen Gruppen zu spalten, sondern um zu sehen, wie können wir auch hier in Deutschland dafür sorgen, daß z.B. die Allianz von bundesdeutscher Politik und türkischer faschistischer Politik entlarvt wird, daß das Grundrecht auf Asyl nicht

abgeschafft wird, daß auch materiell eine Bereitschaft von Menschen besteht, den Kampf finanziell zu unterstützen. Ganz wichtig ist, in erster Linie die Menschenrechtsvereine zu unterstützen, weil dort auch die gesamte politische Arbeit zusammenläuft. Wichtig ist auch, durch Informationsveranstaltungen und Schriften weiterhin über die tatsächliche Lage in der Türkei zu informieren, auch deshalb, weil ja die Türkei versucht, in die EG hineinzukommen, und die sogenannte "Festung Europa" ist ja auch ein sehr wichtiger Aspekt in dieser Frage.

Ich möchte an dieser Stelle schon darauf verweisen, daß am **12. November um 19.30 Uhr** eine Veranstaltung im "**Freiraum**" an der Wittener Str. in **Bochum** über meine Informationsreise stattf. Dies wird im Rahmen der Bochumer **Antifaschistischen Stadtkonferenz** durchgeführt, an dieser Veranstaltung wird auch der Essener Anwalt teilnehmen, der mich auf dieser Reise begleitete und sich schwerpunktmäßig über die juristische Situation informiert hat.

AntifaZ: Thea, herzlichen Dank für dies Gespräch.

Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle 2 Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/26 345

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/ 2 16 86

Redaktionssitzung:

Mittwoch, 19.00-21.00 Uhr

Bankverbindung:

Stadtsparkasse Recklingh.

BLZ 426 500 30

Kto.Nr.: 1 000 229 38

Auflage: 1000

Druck: Verlag "Neuer Weg"

Mitgewirkt haben: Wolfgang E., Karsten Sch., Thorsten Th., Eckehardt Di., Ingrid, Falko, Michael T., Hermann B., Thea A. Str., Wolfgang T., Petra O., Christian K., Klaus D.

RECHTSEXTREMISMUS IN DER EHEMALIGEN DDR

CHRISTOPH BUTTERWEGGE

Fast täglich werden in der ehemaligen DDR Ausländer/innen brutal zusammengeschlagen. Überfälle auf polnische Grenzgänger, Flüchtlingslager und sowjetische Militäreinrichtungen häufen sich, seitdem Deutschland wiedervereignet wurde. In Halle, Leipzig und Dresden, das sich zur Hauptstadt der neuen "Bewegung" entwickelt, terrorisieren Skinheads ganze Stadtviertel, und Neonazi-Aufmärsche werden nicht mehr verboten, sondern von der Polizei geschützt. Wo bis vor kurzem ein staatlich verordneter, weitgehend zur Routine und zum bloßen Ritual erstarrter Antifaschismus herrschte, macht sich ein überaus aggressiver Rassismus/Rechtsextremismus breit.

Erschreckend ist weniger die Tatsache, daß physische Gewalt, Straßenschlachten und Terroranschläge wieder zum Repertoire einer politischen Minderheit gehören, als die Akzeptanz solcher Erscheinungen durch große Teile der Bevölkerung. Immer häufiger treffen Ausschreitungen auf Gleichgültigkeit, rufen sogar Zustimmung hervor. Im "Beitrittsgebiet" gibt es eine neue Burschenherrlichkeit, und Parteien wie die REPUBLIKANER oder die "Deutsche Alternative" finden bei ihren Propagandakampagnen und dem Versuch, Mitglieder zu rekrutieren, wachsende Resonanz.

Im Westen Deutschlands hingegen scheint der Höhepunkt eines Aufschwungs rechtsextremer Gruppierungen überschritten. Die "Wende" in der DDR und die Vereinigung entzogen der REP-Erfolgsserie mit sensationellen Mandatsgewinnen bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus bzw. zum Europaparlament im Januar/Juni 1989 offenbar den Boden. Ein Hauptthema rechtsextremer Propaganda ging verloren, als CDU/CSU, FDP und SPD, denen man bis dahin "nationalen Verrat" vorgeworfen hatte, nicht ohne Pathos die deutsche Einheit betrieben. In Westdeutschland befindet sich der Rechtsextremismus gewissermaßen im Wartestand, in Ostdeutschland marschiert er, weil die ökonomischen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen für seine Entwicklung zum Sammelbecken der "Anschlußverlierer/innen" günstig sind.

Die **deutsche Wiedervereinigung war für den Rechtsextremismus ein historisches Schlüsselereignis**, das ihn verunsichert, eine Orientierungskrise und Strategiedebatten ausgelöst hat. Die extreme Rechte orientiert und gruppiert sich gerade um. Nicht mehr defensiv,

vorsichtig und im Bündnis mit dem Nationalkonservatismus, sondern aggressiv, militant und selbstbewußter als bisher soll versucht werden, im Westen eine "zweite Revolution" und im Osten eine "zweite Etappe der Wiedervereinigung" (Arno Klönne) herbeizuführen. Welche Strategien und Organisationsstrukturen in diesem Zusammenhang bestimmend sein werden, ist noch nicht klar erkennbar, soviel jedoch gewiß: Der Faschismus alter Männer ist für immer tot, der Rechtsextremismus, mit dem sich die Linke unseres Landes fortan auseinandersetzen muß, sehr viel jünger, dynamischer und gefährlicher. Statt geistig-politischer Onanie, Hitler-Nostalgie und Schwelgen in deutschtümelnder Volksgemeinschaftsideologie wird die extreme Rechte einen Neofaschismus der Tat hervorbringen, mit einer offensiven Ausrichtung, "gesamteuropäischen" Expansionsplänen und Weltmachtambitionen.

Das Ost-West-Gefälle rechtsextremer Gewalt in Deutschland hat nicht zuletzt mit dem Wohlstandsgefälle zwischen beiden Landesteilen zu tun. Auch in dieser Hinsicht werden sich die Verhältnisse nicht sofort "normalisieren" und völlig angleichen; läßt der konjunkturelle Aufschwung im Osten länger auf sich warten als die Rezession im Westen, führt diese Ungleichzeitigkeit der Entwicklung wahrscheinlich zu einer Krise des politischen und Parteiensystems.

Die **gesamte Linke**, nicht nur Sozialismus jeder Art, ist durch das SED-Regime, den Stalinismus und Stasi-Absolutismus für längere Zeit diskreditiert. Aber auch die parlamentarische Demokratie hält bei weitem nicht, was man sich nach verheißungsvollen Worten des Bundeskanzlers

("Vielen wird es besser, keinem schlechter gehen") davon versprach. Wohin wird sich die Bevölkerung der ehemaligen DDR wenden, falls ihr Wunsch nach einer Steigerung des Lebensstandards nicht bald in Erfüllung geht?

Die Menschen wissen nicht, wer glaubwürdig ist und sie bei der Lösung ihrer Existenzprobleme sowie im Kampf gegen die Wirtschaftsmisere unterstützt. Daher rücken nicht nur gesellschaftliche Randgruppen, sondern vor allem Jugendliche nach rechts. Der Sprung aus einem spießbürgerlich-langweiligen, aber die Grundversorgung und soziale Sicherheit seiner Bürger/innen gewährleistenden Staat in die schnellebige Leistungs-, Konkurrenz- und Ellenbogengesellschaft der Bundesrepublik gelingt bloß wenigen. Überall lauern Geschäftemacher, Glücksritter und kleine Ganoven, die unerfahrenen "Ossis" das Fell über die Ohren ziehen. Wo eine dieser Aufbruchstimmung vergleichbare Goldgräbermentalität herrschte, sind (meistenteils für radikale Heilslehren empfängliche) Minderheiten auf der Strecke geblieben.

An die Stelle einer Überpolitisierung im SED-Staat tritt eine Entpolitisierung, begleitet von geistig-kultureller Verödung: Videotheken, Sex-Shops, Massagesalons, Spielhallen und Sonnenstudios schießen wie Pilze aus dem Boden, während Bibliotheken, Theater, Kulturvereine, Kindergärten und Jugendclubs für immer schließen. Jugendliche suchen nicht nur Arbeits- und Lehrstellen, sondern auch nach einem Lebenssinn. In der früheren DDR gibt es eine gesellschaftliche Sinnkrise: Was gestern richtig war, ist heute verpönt, was gestern noch streng verboten war, kann morgen schon Recht und Gesetz sein. Rechtsextremisten und Neofaschisten machen sich zunutze, daß gegenwärtig eine "Umwertung aller Werte" stattfindet, und ziehen Vorteile aus der Rat- bzw. Orientierungslosigkeit jener Menschen, die dem Systemwechsel psychisch nicht gewachsen sind, sondern erstmals nach vier Jahrzehnten von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und neuer Armut bedroht sind.

Rechtsextremismus/Rassismus erzeugte das SED-Regime, indem es die Verdrängung eigener Schuld zuließ, statt wirkliche Vergangenheitsbewältigung und Selbstkritik zu praktizieren. Die DDR war eine monokulturelle Gesellschaft: Ausländer wurden nur in geringer Zahl, im Rah-

men von Solidaritätsveranstaltungen für nationale Befreiungsbewegungen, in Arbeitsbrigaden der "sozialistischen Bruderländer" und ghettoartigen Wohnheimen geduldet. Bei Angriffen auf Dunkelhäutige, "Rote", Homosexuelle und Langhaarige entläßt sich aber neben der Verbitterung über im bürokratisch-administrativen Realsozialismus erlittenes Unrecht und die Privilegierung einer Funktionsclique auch der Frust über die Perspektivlosigkeit im marktradikalen Brutalkapitalismus der wirtschaftlichen Hegemonialmacht Westeuropas.

Der Verdrängungswettbewerb auf dem **Arbeits-, Wohnungs- und Immobilienmarkt** führt beinahe zwangsläufig zur Vereinzelung und Verrohung vieler Menschen, die gewohnt waren, "von der Wiege bis zur Bahre" in kollektive Arbeits- und Lebenszusammenhänge, Familien- und Nachbarschaftsbeziehungen eingebunden zu sein. Liberalität und individuelle Freiheit erweisen sich als größte Herausforderung ihres Lebens, deren Bewältigung persönliches Geschick und Anpassungsvermögen erfordert. Für manchen DDR-Bürger bezeichnet die "Wende" 1989/90 nicht nur eine historische Zäsur, sondern auch einen Knick in der eigenen Biographie, die dadurch außer Kontrolle zu geraten droht. Rauschmittel, Drogensucht und religiöse Sekten sind genauso auf dem Vormarsch wie die extreme Rechte. (...)

Das Problem des Rechtsextremismus/Rassismus bleibt

schon wegen der im Vereinigungsprozeß auftretenden Brüche und Widersprüche akut: Der ostdeutsche Neonazismus wird fortexistieren und sich weiter radikalisieren, es sei denn, die sozialen Gegensätze würden eingeebnet, Wohnungsnot und Massenarbeitslosigkeit beseitigt, die leichtfertigen, zumindest vorschnellen Wahlversprechen der Bonner Politiker eingelöst und die Hoffnungen vieler Menschen auf westlichen Wohlstand in absehbarer Zeit erfüllt.

Zur Person: Dr. Christoph Butterwegge M.A., Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Bremen.

Literaturhinweis: Chr. Butterwegge/H. Isola (Hrsg.), *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Randerscheinungen oder Gefahr für die Demokratie ?*, 2. Aufl. Bremen/Berlin (Linksdruck/Steintor-Verlag) 1991.

DEBATTE

Mit dieser Ausgabe unserer Zeitschrift beginnen wir mit einer neuen Rubrik, die der theoretischen Auseinandersetzung innerhalb der demokratischen und antifaschistischen Bewegung dienen soll. Die Rubrik soll sich schon in ihrer äußeren Form von der übrigen Form der Artikel unterscheiden, auch in der Schriftgröße. Auch hier, wie in der Gesamtgestaltung der AntifaZ, werden wir in nächster Zeit ausprobieren, welche die geeignete äußere Form darstellt.

Inhaltlich soll kein Problem ausgespart werden, jede Gruppe, Initiative und Organisation kann prinzipiell an der Debatte teilnehmen, selbstverständlich auch Einzelpersonen.

Die ersten uns vorliegenden Artikel beschäftigen sich mit dem "Fremdenhaß" (Burkhard Tamm) und mit der "Freien Liebe" (Anna Blume).

Burkhard Tamm

Fremdenhaß

Ursachen und Gründe-Versuch eines Überblicks

Hoyerswerda war nur der Anfang! Eine Welle der Gewalt rollt 1991 durch deutsche Lande. Es trifft die, die oftmals gerade vor der Gewalt geflohen sind, es trifft - wieder einmal - die Schwächsten, hier die Asylbewerber. Deutschland: bald wieder judenfrei, Verzeihung, ausländerfrei?

Bringt es aber etwas, über militante Neonazis den Kopf zu schütteln, bestenfalls sich am alternativen Stammtisch, o.ä. - darüber zu empören?

Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, Gründe aus verschiedenen Bereichen aufzuführen, die auch den sog. "Durchschnittsbürger" dazu bringen, langsam, aber umso verhängnisvoller "den Nazi in sich" zu entdecken.

Die Gründe sind vielfältig und sicher individuell sehr verschieden. Dennoch lassen sich einige "gemeinsame Nenner" ausmachen.

Diese liegen in Bereichen wie Ökonomie, Psychologie und Politik.

Hierauf soll nun näher eingegangen werden.

Im Bereich **Ökonomie** liegt auf der Hand, daß es vielen wirtschaftlich schlechter geht. Das betrifft nicht nur die DDR (bzw. die "Neuen Bundesländer"). Daß es - entgegen unseres Kanzlers Versprechungen - dort kaum jemandem besser, sondern den meisten finanziell schlechter geht, darüber braucht wohl kein Wort mehr verloren zu werden!

Aber sich nur darauf zu beziehen, wäre wohl zu kurz gegriffen. Auch in der BRD steigt der Lebensstandard z.Zt. nicht mehr - insbesondere wegen der neuen Steuern (und der alten, die erhöht wurden). Die normale Inflation tut ein übriges. Diese, unsere Gesellschaft hat das "Höher Schneller - Weiter" zur (fast) alleinigen Maxime gemacht. Das "Haben" (und immer mehr Haben-Wollen) wurde zum "Goldenen Kalb" stilisiert. Dies im Gegensatz zu allen anderen Werten wie Menschlichkeit, Solidarität, Kreativität, Würde, Muße und nicht zuletzt Neugier auf das Andere, das Fremde - dies nur eine Auswahl eines großen Kanons von Werten, die uns langsam, aber sicher verloren gehen!

Wo ist nun der Bezug zum **Fremdenhaß**? Er liegt eigentlich auf der Hand: Genießt für mich der Wert des (materiellen) Habens völlige Priorität, werde ich diesen Wert, so gut es geht, schützen. Laufe ich gar Gefahr, etwas von meiner Habe, meinem geliebten Geld, zu verlieren, was Wunder, daß da selbst sonst unbescholtene Bürger leicht die Kontrolle verlieren. Zwar ist es eigentlich so, daß die Diebe nicht etwa die Asylbewerber sind. Eigentlich finden sich die Täter anderswo: Unsinnige

Atomkraftwerke und Imponierbauten werden errichtet, menschenverachtende Rüstung wird produziert, unverschämte hohe Diäten für "unsere Volksvertreter" werden genehmigt (von diesen Volksvertretern), grausame Kriege (Golfkrieg) werden finanziert: all das Beispiele für den Verbleib unserer Steuergelder. Aber, was kann man dagegen schon unternehmen?

Sicher, gelegentlich wird in diese Richtung schon mal geschimpft. Aber, das ist doch nichts gegen eine richtige Asylantenhatz! Wenn da Steine und Brandsätze fliegen, wenn die Asylanten schließlich abtransportiert werden: welch unvergleichlich größere Befriedigung.

Wir haben schon fast die "Zweidrittel-Gesellschaft" erreicht. Das heißt: 2/3 aller EinwohnerInnen geht es materiell gut (einigen sogar sehr gut), dem restlichen Drittel geht es materiell schlecht bis sehr schlecht. Dies aus unterschiedlichen Gründen (Rentner, geschiedene Frauen, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, etc., etc.).

Meist sind diese Gründe eindeutig unverschuldet. Kein Wunder, daß sich Rechtsradikale dieses Potentials nunmehr leichter bedienen können, und das sogar als Wählerpotential (siehe Bremen 1991).

Das Bewußtsein, daß wir immer noch in einem der reichsten Länder der Welt leben, geht bei diesem Prozeß natürlich ebenso verloren wie die schon erwähnten Steuergelder.

Im Bereich der **Psychologie** finden sich ebenfalls bekannte Muster. Die materielle Verelendung eines Drittels unserer Bevölkerung wurde bereits erwähnt. Ebenfalls existent ist aber auch eine Verelendung in psycho-sozialer Hinsicht, die keinesfalls nur die materiell schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen betrifft. Symptome dieser Verelendung sind beispielsweise der Anstieg von Suchterkrankungen, die Steigerung der Scheidungsrate, Ausweitung der Kriminalität, und ähnliches. Die Ursachen hierfür können hier nicht endgültig geklärt werden. Die "Säkularisierung" der Gesellschaft und die schon genannte Ausrichtung des Kapitalismus auf rein materielle Werte sind aber mit Sicherheit unter den Hauptursachen.

Es gibt in der Psychologie und Soziologie einige bekannte Gesetzmäßigkeiten. Eine davon lautet: Empfinde ich mich als Teil einer Gruppe, so schreibe ich der Gruppe positive Eigenschaften zu. Dies unabhängig davon, ob diese Eigenschaften wirklich existieren oder objektiv als positiv angesehen werden können. Mit der Zuschreibung dieser als positiv empfundenen Eigenschaften werde ich ja auch mich selbst auf, eben als Teil dieser Gruppe. Wichtiger aber ist folgender Mechanismus: Das sogenannte

"Wir"-Gefühl und die Zuschreibung positiver Eigenschaften funktioniert wesentlich besser, wenn es einen Gegner gibt. Also eine ANDERE Gruppe (sog. "Out group"), der dann alle schlechten Eigenschaften zugeschrieben werden. Auch dies wiederum ohne Rücksicht auf die jeweilige Realität.

Weiter ist es so, daß Menschen gegenüber den beschriebenen Mechanismen umso anfälliger sind, je schlechter es ihnen psychisch geht. Einfach ausgedrückt: Je schlechter es mir geht, desto dringender brauche ich jemanden, der NOCH tiefer steht als ich - und auf den ich dann einschlagen kann. (Das wertet mich wiederum ein klein wenig auf, und auch meine Aggressionen werde ich los)

Wer in Bezug auf Bürger und Asylbewerber nun die "In - group" und wer die "Out - group" ist, dürfte zur Zeit klar sein...

Über Versäumnisse im Bereich der Politik ist schon viel geschrieben worden, daher hier nur einige Stichpunkte: Mangelnde Aufklärung der Bevölkerung, Verbot der Arbeitsaufnahme für Asylsuchende, Nachplappern rechtsradikaler Argumente zwecks Wahlstimmenfang, Versagen in organisatorischem Bereich (wieviele Wohnungen stehen in Deutschland immer noch LEER - aus Spekulationsgründen?!).

Dies sind nur einige Stichworte für das äußerst klägliche Bild deutscher Politiker und deutscher Politik. Nur noch als Frechheit können man/frau die Namensgebung deutscher Parteien empfinden: "Christlich", "Sozial", "Demokratisch" - Fremdwor-

te!

Damit soll dieser Überblick vorläufig abgeschlossen werden. Was bleibt? Sicher nicht, diese Liste von Gründen einmal "ordentlich" durchzudiskutieren.

Zunächst absolut vordringlich bleibt eins:

Reichen wir den Fremden die Hand. Überlegen wir NICHT, ob sie vor Verfolgung oder "nur" vor dem Verhungern geflohen sind. Und: Tun wir dies öffentlich.

Seien wir neugierig auf die Fremden, auf das Unbekannte. Es ist keine Bedrohung, kann aber eine Bereicherung sein. Der Weg zur Toleranz ist weit, vielleicht noch weiter der zur Akzeptanz - aber er lohnt sich.

Um dem Vorwurf der "Einseitigkeit" wenigstens teilweise zu entgehen: Ja, es gibt überall "solche und solche", gute und schlechtere Menschen. Auch unter AusländerInnen und Asylsuchenden, Flüchtlingen und Vertriebenen. Tatsächlich ist es für diese Menschen schwerer, sich hier an die geschriebenen und ungeschriebenen "Gesetze" zu halten. Eben, weil sie hier nicht aufgewachsen sind, weil sie in einer Ausnahme-Situation sind: heimatlos, auf der Flucht, oft der Sprache unkundig.

Umso erstaunlicher, wie gut sie es oft überhaupt schaffen bis jetzt!

**Für Solidarität und Völkerverständigung!
Gemeinsam gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit!**

ANNA BLUME

TRAKTAT ÜBER DIE FREIE LIEBE - Ein Essay aus schwierigen Zeiten

Vorbemerkung der Redaktion:

Manche/r wird sich fragen, was das nun wieder in der AntifaZ zu suchen hat - "freie Liebe", "Beziehungskisten-Kram" ?

Ihr könnt Euch drüber streiten, aber erst den Artikel lesen und dann uns möglicherweise Stellungnahmen zuschicken.

Unsere Absicht: Die "verhärteten" Fronten zwischen Frauen und Männern, auch in der antifaschistischen Bewegung, ein wenig aufbrechen zu helfen. Feministische Positionen, Kampf gegen das Patriarchat und die Auseinandersetzung damit haben in der AntifaZ bisher noch kaum Platz gefunden, nicht, weil die Redaktion dies nicht wollte, sondern weil bisher Frauen diese Debatte noch nicht in der AntifaZ geführt haben. Mit dem Artikel von Anna Blume sei ein Anfang gemacht:

Traktat über die freie Liebe - Ein Essay aus schwierigen Zeiten

Die Gedanken, die ich versuche, zu Papier zu bringen, gehen im Grunde jede Frau und jeden Mann an, die und der sich sowohl mit patriarchalisch-sexistischem Verhalten auseinandersetzt als auch darüber hinaus ein politisches und soziales Ziel dieser Diskussionen vor Augen hat. Das sind schon zwei Voraussetzungen und Orte, die ich bei den Lesenden einfach annehme (und denen sich im Detail sicher noch viele andere anschließen lassen):

Einerseits Sensibilität für die bestehenden patriarchalen Unterdrückungsmechanismen und andererseits der Glaube, die Hoffnung oder die Zuversicht, daß jenseits der herrschenden Praxis etwas Anderes existieren sollte.

Von Lösungsvorschlägen, wie je existierenden Praktiken zu entkommen sei, ist bei mir nicht die (politik-therapeutische) Rede. Revolutionierung aller partikularen gesellschaftlichen Verhältnisse ist Ziel und sowohl kollektive als auch individuelle Praxis zugleich.

Ich möchte über **Beziehungsverhältnisse** schreiben, gleich welcher Art sie auch immer sein mögen, und auf diese Verhältnisse bezogen kann das erwähnte "Andere" ganz verschieden aussehen: Frauen könnten z.B. das "Andere" als ein Leben ohne Männer formulieren. Sie könnten es aber auch als ein Leben ohne männliches Machtgehabe einfordern; damit ist "der" Mann bei diesen Frauen schon wieder mit im Spiel - nicht der reale Mann, ein "Traummann" vielleicht.

Manche Männer wiederum deklarieren das "Andere" aus ihrer eigenen Interessenperspektive: Als politisch verantwortungsbewußte Genossen, denen ihre eigenen Repressionsmechanis-

men bewußt sind, strengen sie sich an, bei Frauen weiterhin attraktiv zu bleiben - was sollten sie sonst anfangen in ihrer Einsamkeit. Die wenigsten von ihnen ziehen sich in selbstgeschaffene "Klöster" zurück aus Angst vor ihren eigenen Sexismen oder weil sie ihrer Verantwortung nicht treu bleiben können.

Nun denn, die vielfältigsten Begründungen der Männer sind hier nicht mein Thema. Dagegen geht es mir um Frauen, ob autonome, anarchistische, antifaschistische, feministische, lesbische oder nichts von alledem. Es geht mir darum, was mit Frauen gemacht wird, - mit ihrem Körper, ihrem Empfinden und ihrer Sexualität - in einer sowohl patriarchal als auch heterosexuell genormten, westlich geprägten Gesellschaftsstruktur.

Ich schrieb, dieses Papier ist ein **Traktat über die Liebe**, und zwar soll es - so alt schon das Thema sein mag - ein Traktat über die freie Liebe werden. Es mag vielleicht erstaunen, daß eine Frau, die tagtäglich mit Gewaltverhältnissen konfrontiert ist, es noch wagt, über eine Phantasievorstellung zu schreiben - denn was soll es bis jetzt gewesen sein, womit sich ein Großteil der Utopisten (es waren zumeist Männer, ich greife gleich auf einen zurück) den Kopf und das Herz zerbrachen.

Die freie Liebe - eine Männerphantasie ?

Ein Freund - ja, ein Mann - machte mich auf ein Buch aufmerksam, das in Teilen Ende des letzten Jahrhunderts herauskam. Es heißt "Utopie und Experiment", ist 1979 im Karin Kramer Verlag Berlin neu erschienen und wurde von dem italienischen Anarchisten **Giovanni Rossi** verfaßt, der auch unter dem Pseudonym **Cardias** schrieb. Rossi wurde 1855 in Pisa geboren und studierte in Perugia Tierpharmazie. Später gründete er eine landwirtschaftliche Kolonie in Cittadella. Das Buch hätte gar

nicht weiteres Aufsehen in meinen Gedanken und meiner Bibliothek erregt, wäre es im Regal nicht in die Nähe der Schriften **Emma Goldmans** gerückt. **Emma** - ich merke, Frauen verwenden tendenziell bei Frauenzitaten den Vornamen - wurde 1869 in Kowno/Rußland geboren und übersiedelte später mit ihren Eltern nach Petersburg. Im Alter von 17 Jahren zog sie nach Amerika, und die Verfolgung der Anarchistinnen und Anarchisten in Chicago (1866 Haymarket-Demonstration und im Jahr darauf die Hinrichtungen der Anarchisten) ließen sie sich mehr und mehr mit dem Anarchismus beschäftigen. **Emma** agitierte deutsche und jüdische Arbeiterinnen und Arbeiter in New York, sie beschäftigte sich mit Frauenthemen wie z.B. dem "Weißen Sklavenhandel", der Prostitution, und sie hielt international Vorträge, sei es über Frauenhandel, Ehe und Moral sowie - ich komme nun darauf - über die Liebe.

Das Leben der **Emma Goldman** hat mich immer interessiert: Es war das Leben einer Anarchistin - eines der wenigen, das namentlich bekannter geworden ist - , es war das Leben einer Feministin, es war das Leben einer emanzipierten Frau, das Leben einer Intellektuellen, das einer Jüdin - und das einer Frau, die ihren Körper, ihre Empfindungen und ihre Sexualität liebte in einer Zeit, die Frauen keine Sexualität zugestand.

Eine ehemalige Freundin sagte einmal zu mir, ich solle mir am Leben **Emma Goldmans** kein Beispiel nehmen, denn ihr Bedürfnis nach Zärtlichkeit und Liebe habe sie in Situationen gestürzt, die nicht mit einem feministischen Bewußtsein vereinbar wären. Kurz gesagt: **Emma** war mehrfach in Männer verliebt, denen sie mit ihrem Bedürfnis nach Zärtlichkeit sogenanntenmaßen "hinterherrannte" und die unfähig erschienen, auf die Erlebnisweise von **Emma** einzugehen. Diese ehemalige Freundin sagte, **Emma Goldman** habe sehr gute und kluge Sachen geschrieben und sie habe ihre reale Situation klar erkannt - trotzdem sei sie nicht in der Lage gewesen, aus ihren Erlebnissen Konsequenzen zu ziehen.

Emma selbst entkräftete solche Vorwürfe post mortem, indem sie in "Hat mein Leben sich gelohnt?" schrieb:

"Sollte ich mein Leben noch einmal leben, würde ich gern Kleinigkeiten anders machen. Alle wichtigeren Entscheidungen wären dieselben wie in meinem derzeitigen Leben." (in: Frauen in der Revolution, Bd. 2, Karin Kramer Verlag Berlin 1977, S. 178). Was schied nun die Kleinigkeiten von den wichtigeren Entscheidungen in **Emmas** Leben? Unabhängig davon, ob Frauen oder Männer **Emmas** Beziehungsleben bestimmten, kann beim Durchblättern ihrer Schriften eine häufige Wiederkehr von bestimmten Themen entdeckt werden, die ihr nicht nur eine Kopf-, sondern eine sogenannte Herzensangelegenheit gewesen sein mußten. Diese immer wiederkehrenden Themen setzten sich mit der Abschaffung der Ehe, der Religion und der kleinbürgerlich-kapitalistischen Moral auseinander, denen sie in der Regel alternativ das Primat der freien Liebe entgegenhielt.

Emma Goldman lebte zuweilen in Beziehungsverhältnissen mit mehreren Männern, aber **Emma Goldman** auf heute zu übertragen, hieße, daß sie mit der größten Sicherheit auch für Lebensgemeinschaften von Frauen votiert hätte, sofern sie freiwillig und selbstbestimmt wären. Deshalb galt ihr Kampf jeder bigotten Moral, deshalb auch ihr Kampf gegen die Familie oder familienähnliche Zweierbeziehungen, deshalb auch ihr Kampf gegen jede (patriarchale) Religion, die Freiwilligkeit mit Schuld komplexen sanktioniert.

Die Aktualität aller **Emma Goldmans** sowie ihrer (wenn auch männlichen) Vorstreiter ist (in diesem Fall) nicht nur historisch: Lassen wir deshalb einige modern-progressive Beziehungsmodelle (wohlgemerkt: Modelle), die uns die Gegenwart vorlebt, vorbeipassieren:

M (Mann) ist politisch engagiert, er beschäftigt sich mit der Patriarchatsfrage. Er lebt in einer Männer-WG, da er meint, daß er nur dort Frauen seinen Sexismus vorenthalten kann. M besucht regelmäßig aufklärende Männerveranstaltungen; selbstverständlich zeigt er sich auch in gemischten Kreisen, denn - so ein Ausspruch - "der reine Umkehrschluß(...), die 100%ige Anti-Pat-Wende käme (ihm) verlogen und falsch vor". (s. Bochumer Auf-Ruhr Nr. 12/1990, S. 23). Z.Zt. hat M keine Beziehung, doch in Zukunft hätte er gerne wieder eine. Er wartet und arbeitet an sich, bis er meint, beziehungsfähig zu sein. Seiner zukünftigen Freundin gesteht er selbstverständlich zu, daß sie sich politisch betätigt; im Grunde genommen ist das für ihn ein wichtiges Kriterium. Er wäre sogar ganz glücklich (oder sogar ein bißchen stolz), wenn eine feministische Frau ihn begehren würde. Natürlich darf sie den Anfang machen - muß es wahrscheinlich sogar. Seine ganze Hochachtung verdienen diejenigen Frauen, deren einziger Lebensinhalt es ist, antipatriarchale Politik zu machen, die immer wieder ihren Finger in die "patriarchale Wunde" legen. Vollstes Verständnis zeigt er auch für

diejenigen Frauen - obwohl es diesen ganz egal ist - die überhaupt nichts mehr mit ihm zu tun haben wollen.

Als überzeugter Anti-Pat ist er sich seiner Schuld bewußt, sogar dieser, daß sie sich von ihm zurückgezogen haben mögen. Obwohl M nicht mit Frauen lebt, hat er zu diesen ein Verhältnis. Sein Schuldgefühl macht ihm (all)täglich bewußt, daß er Anteil besitzt an der Frauenrepression.

Ein zweites, kürzeres Beispiel. M ist, wie sein Freund oben, überzeugter Antipat, seine Erwartungsstrukturen sind ähnlich, nur lebt er mit (s)einer Freundin zusammen, mit der er abends feministische Diskussionen führt. F (Frau) und M besitzen getrennte Mieträume, sie schlafen zusammen mal in dem einen, mal in dem anderen Zimmer. M geht aber öfter in das Zimmer von F; wenn F nicht kommt, d.h. keine Lust hat, ist M selbstverständlich nicht sauer. Er redet darüber auch nicht mit ihr, denn sie wird ihre Gründe schon haben. Eines Tages bringt F einen anderen M mit und quartiert ihn in ihrem Zimmer. Der alte M ist sauer.

Noch ein kurzes Beispiel: M, politisch engagiert wie oben, hat eine Beziehung zu F; die beiden wohnen nicht miteinander. M ist Alt-68er, er hat seinen Wilhelm Reich, die Frankfurter Schule und Ernest Bornemann gelesen und träumt von der freien Liebe. Er will oft mit F schlafen; die aber sagt ihm eines Tages, daß sie es vorzöge, mit Frauen zu leben. M zeigt sich überrascht und irritiert und hält das Begehren von F für eine "vorübergehende Phase".

So absurd oder abstrakt diese Beispiele anmuten mögen - die Meinungen darüber werden wahrscheinlich spezifisch verteilt sein - und so unterschiedlich sie auch sind, so tritt in ihnen - ohne weiter in die Analyse gehen zu wollen, denn es handelt sich hier schließlich um ein Essay - zutage, daß keiner der drei Vorzeige-Männer die Sexualität der Frauen, d.i. auch von Frauen, ernst nimmt. In allen Beispielen offenbart sich, daß trotz des Zugeständnisses an aktive, selbstbewußte Frauen ein zusätzliches Unterdrückungsmoment, neben anderen, die **Entsexualisierung von Frauen** ist, d.h. die Unterdrückung dessen, daß Frauen **individuell** und je **verschieden** ihre Sexualität leben und ausdrücken wollen. Auch das Verhalten dieser "antipatriarchal" mimenden Männer versucht, Frauen ein Bild ihrer männlichen Vorstellung von "emanzipierter Frau" aufzuzwingen - und sei es in diesem Fall von "männerskeptisch" bis "männerfrei". Dabei sind sie, die Gönner, selbst der Ort, von dem aus sie Frauenleben definieren. Somit wird das Geschlecht "Frau" von der biologischen Unterschiedlichkeit zu einem sozialen, patriarchalen und normativen Lebensentwurf. Auch im Bild der aktiv und selbstbewußt sein müßenden Frauen erscheint "Frau-Sein" als ein patriarchal definierter Begriff. Per definitionem und mittels zwangswesiger Lebensentwürfe werden auch als "aktiv" stilisierte Frauen zu Opfern gemacht.

Die Genossen versuchen nicht, sich auf die individuellen Momente und sozialen Ausdrucksmöglichkeiten des Frauseins einzulassen, sondern messen stattdessen diese an dem Bild ihrer eigenen Wahl. Das ist bei antifaschistischen, autonomen, anarchistischen oder sonstwie progressiv gefärbten Männern nicht anders als bei bürgerlichen Chauvinisten. Die erprobt real existierende und repressive Beziehungspraxis des 20. Jahrhunderts vollzieht sich nicht allein in den Biedermeierbetten oder innerhalb der vier altdeutschen Wohnwände der sich (klein)bürgerlicher Zwangsmoral angepaßt und unterworfen habenden "Normalo-Welt". Sie vollzieht sich ebenso in den Köpfen, auf den Hochbetten oder Futons progressiv veranstalteter "Beziehungskisten".

Freie Liebe - ein Problem für Frauen als auch für Männer und trotz allem nicht nur eine Wunschvorstellung von Männern.

Jedoch, Frauen, die sie verwirklichen, umsetzen und leben wollen, haben die Konsequenzen an ihrem Körper auszutragen, vor denen - und nicht vor der Liebe - sie sich häufig zurückziehen. Entweder werden sie, leben sie ausschließlich mit Frauen zusammen, von der patriarchalen Gesellschaft diskriminiert und isoliert, was sich schmerzlich in ihr Seelenleben einträgt. Aber auch in Frauengemeinschaften können patriarchale Anspruchswand und Zwangsmuster fortwirken, wie bspw. das Diktat auf körperliche Treue in/und eine/r Zweierbeziehung. Oder aber diejenigen Frauen, die mit Männern leben wollen, setzen sich Ängsten wie ungewollter Schwangerschaft oder Angst vor Verhütungsmitteln - auch in sogenannten "Szenen" wirkt sich der Schrecken vor Parisern "bis ins kleinste Glied" aus - , Komponenten, die den weiblichen Körper beeinflussen und belasten. Seit wenigen Jahren gibt es einen neu entdeckten und medienwirksamen Schrecken, der gleichfalls das Recht auf selbstbestimmte und freiwillige Liebe der Frauen in Schranken setzt: Aids, nicht nur als propagandistische Metapher, versucht, Frau-

en in monogame Beziehungen oder sogar in die Familie zu zwingen und dabei erneut die weibliche Sexualität auf den Alleinvertragsanspruch und Belastungsfaktor "Schwanz" zu fixieren. So wird - unabhängig davon, daß **Emma** das Leben einer freien Frau noch anders sieht, was im Zusammenhang mit ihrer Biographie und Zeit gesehen werden muß - , wie **Emma Goldman** schreibt, "die emanzipierte Frau von heute zu einer zwangsmäßigen Jungfrau" (S. 13).

Die "**zwangsmäßige Jungfrau**" ist sowohl ein Produkt der patriarchalen realen Gesellschaft und Politik als auch der bildhafte Gegenpart zu einer zweigeteilten, heterosexuellen bürgerlichen Männerphantasie, die dualistisch zwischen "Mutter/Jungfrau" einerseits und "Hure" andererseits trennt. Auch sich antipatriarchal gebende Männer sind von diesem dualistischen Frauenbild nicht weit entfernt. Entwickeln sie Gefühle zu einer Frau, so halten sie si(e)ch anfangs realiter zurück aus Angst, damit die Frauen in sexistischer Weise "anzumachen". Stattdessen sollen die Frauen, von der antipatriarchalen Warte aus, vorzugsweise Eigeninitiativen zeigen, den Mann sogenanntenweise ans Händchen nehmen, währenddessen sie selbst ständig (mit) ihren eigenen Gefühlen auflaufen. Solcherlei Geschlechterbeziehungen sind absolut unfrei; Frauen verkommen darin zu mütterlichen Lehrerinnen und Männer zu ausgeweglos gehemmen Gefühlsautomaten.

Sie verwechseln, daß über Gefühle zu reden und sie auszudrücken, nicht gleichbedeutend damit ist, sich sexistisch zu verhalten.

Giovanni Rossi, den ich eingangs schon einmal erwähnte, traut seinem Geschlecht und seinen Genossen in einem 1893 verfaßten Text nicht zu, daß sie uneingestanden für die Befreiung von Frauen votieren und arbeiten. so wird "der überzeugteste Anarchist jener Zeit (...) sich (kursiv i. Original; d.V.) für sein (im Original nicht kursiv, d.S.) Weib schlagen, und wird in diesem Kampf so reaktionär, so grausam, so unerbittlich sein, wie heutzutage Alphonse Rothschild im Kampf für seine Millionen" (S. 245).

Auch die Annahme, daß mittels der ökonomischen Emanzipation die Emanzipation der Geschlechterverhältnisse und die selbstbestimmte Sexualität der Frau folge, erscheint ihm wenig vertrauenerweckend - womit er über seine Zeit hinaus sehr scharfsinnig argumentierte. So werden die Frauen, wie er richtig sah, "den fünften Stand der kommenden Gesellschaft" bilden und sich vorbereiten müssen, "ihrerseits die letzte Schlacht zu liefern, um die ganze Menschheit in eine einzige und freie Assoziation umzuwandeln" (S. 246).

Rossi hat versucht, für den Begriff der **freien Liebe** andere, neue Worte zu finden, da mit ihm eher andere Dinge - wahrscheinlich Phantasien - verbunden würden. So steht nämlich die freie Liebe immer vor dem Problem, als ein Prostitutionsverhältnis angesehen zu werden, dem in einer kapitalistischen Waren- und Ausbeutungsgesellschaft ja auch entsprechend "Rechnung" getragen wird. Auch der Begriff der "**freien Vereinigung**" schien ihm unpassend, da er(sie) nur eine andere Form der Familie beinhalte. Jegliches Abkupfern von Familienstrukturen sei aber dem Begriff und dem Inhalt einer freien Liebe zuwider. Deshalb behagt **Rossi** auch nicht der von **Morgan** und **Kropotkin** verwendete Ausdruck "Kommunalehe". "Ich würde die Bezeichnung "anarchistische Umarmung" oder "amorpher Kuß" vorziehen", so deshalb **Rossi** (S. 247), "welche meiner Meinung nach am besten der Verneinung jeglicher häuslichen Form in den geschlechtlichen Beziehungen entsprechen würden." - Über Begriffe läßt sich streiten, für deren Inhalte entscheidet sich frau lieber selbst.

Ich sehe meine Aufgabe nun nicht darin, in das Werk von **Rossi** oder **Goldmann** einzuführen und deren Thesen einer breiten wissenschaftlichen Diskussion zu unterziehen. Beide sollten vielmehr gelesen werden, um selbst festzustellen, was zeitgebunden, biographisch gebunden oder noch aktuell ist. **Rossi** hat z.B. unstreitbar festgestellt, daß "die Affektbeziehungen vielleicht die brennende Frage des XX. Jahrhunderts bilden" (s. 246). Jedoch, so könnte ihm vorgeworfen werden, sei dies nur in den kapitalistischen Wohlstandsländern der Fall, und, ein anderer Einwand könnte lauten, er dächte mit dem Appell an die freie Liebe nur an sein eigenes Männerbegehren, das er den Frauen als "Emanzipation" unterschöbe. Nebenbei bemerkt, ist

daran auch etwas Wahres und auch **Rossi** nicht frei davon, "seine" im Buch vorkommenden aufgeweckten und "intelligenten Arbeiterinnen" zu entsexualisieren, da er ihnen nämlich - gemäß der Devise: Liebesakt ist Weiheakt - keine Geschlechtslust, sondern nur "Hingabe-", "Güte-" und "Sympathie" motive zugesteht (vgl. S. 226).

Emma Goldman, als ein anderes Beispiel, hat sich immer wieder für die "natürlichen Bedürfnisse" der Frauen stark gemacht - gegen Staat, Kirche, Moral oder andere Menschen. Was sie unter "natürliches" Liebesempfinden von Frauen faßt, ist deren Recht auf mehrere Beziehungen ohne männlichen Besitzanspruch und auf wirtschaftliche Unabhängigkeit. Verleugnung sexueller Empfindungen, Rache-, Eifersuchts- und Schuldgefühle sind nach **Goldman** allesamt Faktoren eines "verkrüppelten Liebeslebens". Jedoch spiegelt selbst das "natürliche" Liebesbild der **Emma Goldman** patriarchalische Vorstellungen wie die von "hingebungsvolle(r) Geliebte(r)" und "Mutter" wider. Mit dieser Reklame im Kopf und im Herzen stand sie - obwohl ganz selbstbewußte, kämpferische und sinnliche Frau - nicht alleine. Wenn Frauen die Memoiren von **Cläre Jung** nachlesen, werden sie viele parallele Sinnlichkeitsvorstellungen wiederentdecken. (Paradiesvögel, Erinnerungen, Nautilus/Nemo Press Hamburg 1987, so z.B. S. 86, 171, 186; **Cläre Jung** wurde 1892 geboren und starb 1981 in Ostberlin; sie war im Widerstand tätig und lebte und arbeitete zusammen mit Künstler/innen des Dadaismus und GenossInnen aus anarchistischen und sozialistisch/kommunistische Zusammenhängen). Innerhalb meines Studiums begann ich, mittels der Schriften eines meiner Lehrer, einem Mann, allmählich den Bereich von Sexualität umfassender zu begreifen, als ich hier ausführen kann. Sexualität, so begreife ich es immer noch, ist nicht nur das strukturelle Beziehungsgefüge, das sich in der alltäglichen Reproduktion und Zweisamkeit ausdrückt. sie umfaßt sowohl "Erotik" als auch "Eros". Alle Bereiche, so der marxistische Sozialanthropologe **Leo Kofler**: die Sexualität, die Erotik und der Eros definieren sich über die getätigte Arbeit und nicht nur allein über die Triebe. Den Bereich der Sexualität sieht **Kofler** nicht auf die libidinöse Sexualbeziehung reduziert, sondern er ist durchsetzt mit vielfältigen, bewußtseinsvermittelnden Zeichensystemen, z.B. Sprache. Über den Bereich des Sexuellen hinausgehend verweist das Erotische auf die Welt der Geselligkeit, die auf Sympathien, aber auch Klasseninteressen beruht. Den Eros versteht **Kofler** als kultursetzenden Bereich, als denjenigen, der Sinngehalte oder Ideale fest schreibt. Sexualität, Erotik und Eros nennt **Kofler** "Stufen des Libidinösen" (s. 112). Unabhängig von solcher erweiterten Form von Sexualität, die versinnlichte Arbeitsprozesse miteinbezieht, zeigt sich leider in solchem Stufenmodell, kritisch besehen, die hierarchische und folglich patriarchalische Fixierung eines marxistischen Theoretikers. Den Eros allein als den kultursetzenden Bereich zu klassifizieren, der durch Arbeit letztlich die "anarchistischen Tendenzen" des Libidinösen "bändigt" (S. 105), offenbart gleichermaßen sowohl ein überliefertes hierarchisches Verständnis von "höheren" und "niederen" Trieben als auch ein Verhaftetsein an die bürgerliche Psychoanalyse eines **Sigmund Freud** nach dem Motto: Triebunterdrückung durch Arbeit schafft Kultur (bei **Kofler** berufe ich mich auf: Aggression und Gewissen, Hanser München 1973, insbes. S. 89-115). Nichtsdestoweniger wird hier - wenn auch mit Gewichtigungen - angedeutet, daß Sexualität mehr ist als bloße Biologie, und daß sie noch mehr beinhalten kann als sämtliche bislang von Männern vorgefertigten Fixierungen, Definitionen und Einschätzungen, wenn Frauen sie selbst bestimmen bzw. sie von Frauen definitoren bestimmt wird.

Die freie, selbstbestimmte - weibliche - Sexualität ohne wenn und aber:

Am Ende des 20. Jahrhunderts ist sie noch nicht erreicht, und ihre kollektive Verwirklichung werde ich selbst wohl nicht mehr erleben. Aber daß Frauen in der Malerei, Literatur, in den Männerphantasien und erst recht in der Realität entsexualisiert werden, auf immer verschiedene, neue und perfidere Art und Weise, von "rechts" oder "links", dem können Frauen im Alltag etwas entgegenzusetzen - auf ihre Weise und nicht, indem sie noch die Herren Genossen an die Leine nehmen sollen.

BUCHBESPRECHUNG

ESTERWEGEN 1933

Als 4. Band der Schriftenreihe des Papenburger Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ) erschien in diesen Tagen der Roman "Staatliches Konzentrationslager VII" des 1988 in Manhattan verstorbenen Sozialwissenschaftlers und China-Experten Karl August WITTFOGEL.

Bei dem Versuch, illegal in die Schweiz zu gelangen, fällt der 36jährige Wittfogel, seinerzeit noch überzeugter Kommunist, im März 1933 in die Hände der Nazis. Als "Schutzhäftling" wird er im Sommer des Jahres in das der SS unterstellte Konzentrationslager Esterwegen im Emsland gebracht, später von dort in das KZ Lichtenburg verlegt. 1934, kurz nach seiner plötzlichen Freilassung und wenige Monate vor seiner Emigration in die USA, schreibt Wittfogel seine Hafterfahrungen nieder - eine fast ununterbrochene Abfolge von Qual, Hilflosigkeit und Todesangst.

So wie er in seinem Text, bis auf ganz wenige Ausnahmen, die Personen- und Ortsnamen verschlüsselt - Esterwegen heißt bei ihm Ostermoor, Papenburg erhält den Namen Mönkenburg -, so erscheint 1936 auch das Buch unter einem Pseudonym (Klaus Hinrichs). Es zählt zu den genauesten Zeugnissen über die Anfänge der nationalsozialistischen Verfolgungen. Doch anders als der 1935 im Schweizer Exil herausgegebene Erlebnisbericht "Die Moorsoldaten" seines damaligen Freundes Wolfgang Langhoff (dessen Buch bis heute in immer neuen Auflagen erschienen und in mehrere Sprachen übersetzt worden ist), wird Wittfogels Roman nach der Erstausgabe nie wieder veröffentlicht und gerät jahrzehntelang in Vergessenheit. Erst 55 Jahre später liegt nunmehr ein Nachdruck vor.

Der Band hat 300 Seiten und erhält als Ergänzung zum Roman ein ausführliches Nachwort des Bielefelder Historikers Joachim Radkau, der in der KZ-Erfahrung als dem "furchtbaren Erlebnis" in Wittfogels Leben den "tiefen Bruch" in dessen wissenschaftlicher und politischer Entwicklung sieht. Radkau: "Man erkennt, wie er in der Todesnot und tiefen Demütigung seines Häftlingsdaseins den Sadismus und die viehische Brutalität der SS als Phänomen eigener Art mit eigener mörderischer Dynamik erfuhr...Das Buch erschüttert durch seine bis ans Peinliche grenzende Ehrlichkeit, die immer neue Heraufbeschwörung der nackten Angst und die tonlose Trauer, die stets zwischen den Zeilen zu spüren ist."

Der Roman "Staatliches Konzentrationslager VII. Eine 'Erziehungsanstalt' im Dritten Reich" ist über den Buchhandel erhältlich oder kann direkt beim DIZ bestellt werden. (Postfach 1132, W-2990 Papenburg). Es kostet 22 DM.

Anzeige

Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH

Planung und Montage
 umweltfreundlicher Energiesysteme
 Heizung, Elektroinstallation, Sanitärinstallation



z.B. Solaranlagen Für Warmwasser
 und Stomerzeugung

denn: Der nächste Sommer kommt bestimmt!

Karl-Hermann-Straße 14 · 4352 Herten · Tel.: 0 23 66 / 4 39 65

GEWALT GEGEN FRAUEN

IN LINKSPOLITISCHEN STRUKTUREN

"Am Abend des 31.8.1991 stürmten Frauen die Kneipe "Querschlag". Dort wollte in Ruhe der Vergewaltiger Gerd St. sein klares Wasserchen trinken. Aus der Ruhe wurde nichts. Frauen hielten ihn fest und schlugen ihm eins auf die Fresse."

Die obigen Zeilen finden sich auf einem in Bochum von "Frauen aus Bochum" verteilten Flugblatt, überschrieben mit "Aktionsbeschreibung: Querschlag".

Was auf den ersten Blick wie ein Ausschnitt aus einer literarischen Veröffentlichung erscheint, ist Teil einer inzwischen seit bald zwei Jahren in Bochum stattfindenden Auseinandersetzung, deren Kern wir so beschreiben wollen:

Nach Jahrzehnten passiven Erduldens von alltäglicher Gewalt und Vergewaltigung haben Bochumer Frauen mit dem Widerstand gegen Männergewalt begonnen und erste erfolgreiche "Aktionen" auf diesem Felde durchgeführt.

Was in der breiten Öffentlichkeit eher noch als die Ausnahme männlichen Verhaltens angesehen wird - eine "Vergewaltigung" passiert ja nun doch nicht jeden Tag - , wird bei genauerem Hinsehen, zumindest was die Entwicklung in Bochum angeht, zu einem erschreckenden Szenario alltäglicher männlicher Repression, und das nicht etwa nur bei sogenannten Normalmännern, sondern auch innerhalb der linken Strukturen. In der vor kurzem erschienenen Dokumentation "Gewalt gegen Frauen in linkspolitischen Strukturen" wird dies in aller Ausführlichkeit deutlich: In trauter Allianz schlägt ein Bündnis aus "linken" Männern, "linken" Rechtsanwälten und (nicht-linken) Richtern auf eine Gruppe von Frauen ein, die es gewagt hatten, alltägliche Männergewalt anzuprangern, und zwar öffentlich.

Wie es begann:

Am 10.4.1989 erschien in der Bochumer Studentenzeitung (BSZ) ein Artikel mit der Überschrift "Redaktionelle Praktiken einer historischen Zeitschrift im linken politischen Spektrum". In diesem wird gegen zwei Redakteure des Bochumer "Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit" von einer ehemaligen Redakteurin des "Archiv" folgender Vorwurf erhoben:

1. Gewaltanwendung an einer Autorin ihrer Zeitschrift
2. Gewaltanwendung an einer Wissenschaftlerin mit dem bewußten Vorhaben, eine geschichts- und sinnverfälschende Darstellung durchzusetzen
3. Körperliche Gewaltanwendung von zwei Männern gegen eine Frau
4. Versagen der politischen und moralischen Integrität von Männern und einer Zeitschrift mit linkslibertärem Anspruch."

Auf sämtliche Einzelheiten soll hier nicht eingegangen werden, der Vorwurf Nr. 2 al-

lerdings an dieser Stelle schon präzisiert werden. Hierzu heißt es in dem genannten Artikel:

"Während einer redaktionellen Besprechung meiner Texte hat mich W.B. mehrfach beleidigt, weil ich nicht bereit war, sinnverstellende "Korrekturen" zu akzeptieren. Ich zog deshalb meinen Artikel zurück und kündigte meine weitere Mitarbeit auf. In seiner Zensur ersetzte W.B. beispl., die von April Carter thematisierten "zerstörerischen Tendenzen des spanischen Anarchismus in den Massakern der Durruti-Kolonie" durch, "nicht immer nachahmenswerte Aktivitäten spanischer Anarchisten",

Wir haben dies deshalb als Information hervorgehoben, weil im später folgenden "Prozeß" der Auseinandersetzungen die Frage der "Gewalt" fast nur noch auf evtl. körperliche Aktivitäten der erwähnten Männer reduziert wurde, die geistige und psychische Gewalt kaum noch diskutiert wurden.

Lassen wir nun - der "Gerechtigkeit" wegen - auch die andere Seite zu Wort kommen. Zu dem angesprochenen Vorfall äußern sie sich wie folgt:

"Eine besonders katastrophale Rolle in der ganzen Auseinandersetzung spielte die Redaktion der "Bochumer Studentenzeitung"(BSZ), die unter souveräner Mißachtung jeglicher journalistischer Sorgfaltspflicht und ohne die Beschuldigten auch nur anzuhören, in ihrer Ausgabe 346 vom 10.4.1989 T.St. ein Forum für einen Artikel bot, der von Lügen, Halbwahrheiten, böartigen Unterstellungen und Beleidigungen nur so strotzt."

(in: Grünspecht, Jg. 6, Nr. 23, S. 6)

Mal abgesehen davon, daß in diesen Sätzen zu den konkreten Vorwürfen **nicht** Stellung genommen wird, wird seitens der "Beschuldigten" eine den Vorfall in bestimmter Weise **wertende** Haltung deutlich, die an anderer Stelle sich noch konkreter äußert:

"Den Auseinandersetzungen, wie sie von Th.St. in dem zur Diskussion stehenden Konflikt geführt werden, liegt eine ihr wohlbekannte, von rechtsradikalen Denkern gepflegte Denkstruktur zugrunde, die jene berüchtigte Formel "Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein" als sogenanntes Freund-Feind-Denken für politische Auseinandersetzungen hoffähig gemacht hat."

(in: Grünspecht, Jg. 6, Nr. 23, S. 6)
Bemerkenswert: Der Verfasser beurteilt einerseits die "Denkstruktur" seiner ehemaligen Mit-Redakteurin als eine, die "von rechtsradikalen Denkern" gepflegt wird, folglich ebenfalls nichts anderes als "rechtsradikal" sein kann, andererseits setzt er eine solche Struktur mit jeglichem "Freund-Feind-Denken" gleich. Demnach war z.B. auch Karl Marx ein rechtsradikaler Denker, weil er ja von einem "Freund-Feind"-Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie ausgegangen ist. Doch das nur am Rande.

Wichtiger wird bei der weiteren Untersuchung des "Falls", daß die "beschuldigten" Redakteure von ihrer ehemaligen Mitredakteurin verlangen, sie möge die öffentlichen Beschuldigungen zurückziehen, andernfalls eine gerichtliche Verfolgung wegen "Beleidigung", etc. erfolgen werden. Selbige erfolgte dann auch, da die ehemalige Redakteurin des "Archivs" ihre Beschuldigungen nicht zurücknahm.

Erwähnenswert auch, daß in den nun folgenden fast zwei Jahren juristischer Auseinandersetzung die beklagte Redakteurin und ihre Freundinnen von einer Reihe von männlichen Gewaltaktionen verfolgt wurden, gegenüber denen der ursprüngliche "Anlaß" der Auseinandersetzung vergleichsweise gering erscheint.

Er scheint eher die Rolle eines Ventils gespielt zu haben, das eine bis dahin bei einer Reihe von Männern angestaute Gewalt offen hervortreten ließ bzw. zudem eine Reihe in früherer Vergangenheit liegender Gewalttaten öffentlich bekannt werden ließ.

Für eine der Gewaltaktionen, die an der erwähnten Redakteurin begangen wurden, erhielt diese ein gerichtliches Schmerzensgeld von 1000 DM zugesprochen.

Die "Männerfront" kam, zumindest finanziell gesehen, nach Abschluß aller Prozesse, weitaus besser davon:

Insgesamt 18 000 DM an Prozeß- und Anwaltskosten, davon allein 4000 DM an "Schmerzens"geld an die Männer wegen "Rufmords" müssen von den beteiligten Frauen aufgebracht werden.

Wir wollen noch ein paar Einzelheiten zur Skizzierung des sogenannten "Anlasses" für die Auseinandersetzungen zusammentragen.

An anderer Stelle äußern sich die "betroffenen" Männer - und dies ist unserer Kenntnis nach die einzige konkrete Stellungnahme - zu dem "Kerngeschehen" wie folgt:

| Ausgaben für: | Betrag | bar | unbar |
|------------------------------------|--------|---------------|-------|
| Wohngemeinschaft | | | |
| Zimmer m. Bade- u. Kochgelegenheit | 350,- | | |
| (Miete, Heizung, Strom) | | | |
| nur an tolerante, einsam | | | |
| junge Frau (auch m. Kind) | | | |
| Ausländerin, Studentin) | | | |
| zu vermieten. | | | |
| Besichtigung ab 17 ^{00h} | | | |
| | | Kurt Salamon | |
| | | #63 Bochum | |
| | | Am Nordbad 12 | |

Ruhruniversität Bochum,
Mensafoyer, SS 1990

"In dieser Situation kam es zwischen den beiden Redakteuren und der Autorin zu einer Auseinandersetzung, die auch von T.St. Außenstehenden gegenüber mehrfach so geschildert worden ist, wie im Folgenden dargestellt: auf die Frage, wie mit der noch nicht fertigen Buchkritik zu verfahren sei, verweigerte die Autorin jegliche Antwort, bewarf den Redakteur mit einem Papierkorb und wurde von diesem, als sie auf ihn zutrat, zurückgestoßen. Kurze Zeit später, auf nochmaliges Befragen hin, hielt sich die Autorin mit beiden Händen die Ohren zu, woraufhin ihr der Redakteur einen Arm wegzog, um mit ihr zu reden. Beide Redakteure haben sich für dieses Verhalten entschuldigt, beide Entschuldigungen wurden von der Autorin angenommen." (in: Grünspecht, a.a.O., S. 6)

Wir möchten hervorheben, daß es, unabhängig von allen sonstigen Einzelheiten, offenbar doch eine, von den Redakteuren eingestandene Gewaltanwendung gegeben hat, für die sich "entschuldigen" zu müssen meinten.

Diese "Schuld" sei nun wohl durch die "Annahme" verziehen worden, also sei ja eigentlich alles "in Butter" gewesen?

Offensichtlich, wie der Artikel in der BSZ zeigte, war gar nichts "in Butter" gewesen.

Im späteren Prozeß wird dann aus der von den "betroffenen" Männern zumindest anfänglich verspürten subjektiven "Schuld" ein, wie es im Urteil formuliert wird, Verhalten, das "üblicherweise als sozialadäquat angesehen" werden kann.

Dazu im folgenden noch ein paar weiterführende Gedanken.

Das Bündnis der "Männer" funktioniert

In den schon angesprochenen Gerichtsverfahren haben sich "die Männer" haushoch durchgesetzt, und zwar sind hier nicht allein die beiden Archiv-Redakteure gemeint, sondern ebenfalls die beteiligten Anwälte und Richter.

In dem angesprochenen Urteil fällt bei der Schilderung des sogenannten Tathergangs auf, daß das Gericht die Darstellung der Männer als "objektive Wahrheit" wertet, die Darstellung der Frau als unglaubwürdig. Interessant ist nicht diese Bewertung an sich, sondern daß es das verhandelnde Gericht im gesamten Urteil an keiner Stelle für nötig hält zu begründen, warum sie die Männerdarstellung für glaubwürdig hält.

Interessant in diesem Zusammenhang, wie schon erwähnt, auch die Tatsache, daß der Vorwurf der redaktionellen Gewalt bzw. Zensur nicht einmal mehr erwähnt wird.

Es gibt jedoch einen interessanten Brief, den einer der Redakteure im Verlauf des Geschehens an einen anderen Verlag geschickt hat, der unseres Erachtens ein ziemlich eindeutiges Urteil über sein journalistisches Verständnis ermöglicht. Da heißt es:

"Besonders amüsanter finde ich, daß ich mich auch mal wieder im SF abgedruckt finde; daß dies ohne mein Wissen und unter dem Pseudonym "Th. A. St."

erfolgt, gefällt mir allerdings schon erheblich weniger. An der Gestaltung dieser Textfassung jedenfalls war ich entscheidend beteiligt. Ich möchte meinen Anspruch auf Mitautorschaft hiermit geltend machen. Es handelt sich bei diesem Text - aber das ist Euch ja bekannt - um das berüchtigte corpus delicti, das Frau St.

entscheidend zu ihrem Amoklauf veranlaßt hat. Zur hoffentlich genüßlichen Lektüre lege ich Euch eine Kopie von Frau

St.'s Originalfassung bei,..."

Es lohnt sich, diese Zeilen sehr genau zu studieren, enthalten sie doch den Beweis, wie es sich in dieser langjährigen Auseinandersetzung mit der Wahrheit verhält.

Der "betroffene" Redakteur des "Archivs" gibt sprachlich, wenn auch sicher ihm selber nicht bewußt, zu erkennen, daß er auf den von der Autorin vorgelegten Artikel "entscheidend" Einfluß ausgeübt hat. Das heißt, er hat die **Entscheidungen** getroffen, was **sie** zu formulieren habe. Nachdem er derartig eingewirkt hat, ist dies nun auch **sein** Artikel, die genannte Autorin wird dadurch durch eine merkwürdig anmutende männliche Phantasieleistung zu einem **Pseudonym** seiner eigenen Person, was das ganze Ausmaß derart männlicher Projektions-"Kunst" verdeutlicht.

Wagt es dann tatsächlich mal eine Frau, derartige Praktiken nicht länger hinzunehmen, kann ihr Verhalten aus derart männlicher Sicht nur als "Amoklauf" verstanden werden.

Sonstige scheinbaren Grundregeln journalistischen Selbstverständnisses können in solchem Fall beiseite gelassen werden - wie das Angebot, ohne Einwilligung der Autorin ein von ihr verfaßtes Manuskript einfach zu verschicken, deutlich werden läßt. Wobei besagter "Redakteur" zudem

versucht, männlich kameradschaftliches Einverständnis bei der "genüßlichen" Lektüre besagten Manuskripts zu ergattern. In benanntem Fall bekam der "Betroffene" allerdings eine, wie wir meinen, wirklich adäquate Antwort. In einem Antwortschreiben des "Trotzdem-Verlags" heißt es:

"Das ganze Verhalten Deinerseits hat einen grundsätzlichen Fehler: Du kennst weder Selbstkritik noch versuchst Du, Dein eigenes Verhalten zu objektivieren/relativieren. Fehler, Verschwörungen und gar faschistoides Verhalten siehst Du nur bei den anderen. Du bist Richter, gratuliere."

"Richter", auf diesen Zentralbegriff läßt sich das beschriebene Männerverhalten durchaus bringen:

Sie "richten", was Frauen zu tun und zu lassen haben, sie "entscheiden", was Frauen zu veröffentlichen oder zu verschweigen haben, sie "urteilen" darüber, was Frauen zu "zahlen" haben.

Fazit: Wenn auch die Frauen in diesen Fällen juristisch eine Niederlage erlitten haben, sollten sich dennoch die Männer nicht mehr allzu sicher fühlen: Im Verlauf der Entwicklung schlossen sich eine durchaus nicht kleine Zahl von Bochumer Frauen zusammen, ein Zusammenschluß, dem wir nur wünschen können, daß er auch in Zukunft phantasievolle Aktionen gegen herrschende Männergewalt entwickeln wird.

Die AntifaZ wird sicher in Zukunft häufiger darüber berichten. Zum Schluß noch eins:

Wie erwähnt, müssen die Frauen nach wie vor ca. 12 000 DM an Prozeß- und Anwaltskosten aufbringen. Um sie dabei zu unterstützen, wurde ein Solidaritätskonto eingerichtet, auf das auch Männer fleißig einzahlen dürfen:

frauenUnrechtshilfefonds,
SPK Bochum
Nr. 33307604
BLZ: 43050001

ANZEIGE

Attatro

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00



• Herner Str./Ecke Paulusstr.
• 4350 Recklinghausen •
• Tel. 02361-17002 •